:antifaschistische nachrichten Nr. 11

g 3336 4.6.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ein Denkmal für Mittenwald – Pfingsten 2009

Am Pfingstsamstag stellte der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" auf dem Bahnhofsvorplatz in Mittenwald ein Denkmal für die Opfer von Nazi-Verbrechen auf. An der Feierlichkeit nahmen über 200 Menschen aus verschieden Ländern teil. Zum gesamten Programm aufgerufen hatte der AK Angreifbare Traditionspflege, zur Zeitzeugenveranstaltung, mit der das Programm begann, auch die ver.di Jugend Bayern.

Die Zeitzeugenveranstaltung musste erneut in einem Zelt abgehalten werden, obwohl die Veranstalter einen würdigeren Rahmen bieten wollten und den Postkeller angemietet hatten. Dieser war der ver.di Jugend Bayern zunächst zugesagt worden, jedoch zog der Vermieter die Zusage zurück, als bekannt wurde, dass Opfer des Nationalsozialismus sprechen sollten.

Auf der Zeitzeugenveranstaltung sprach als erster Maurice Cling, der als französischer Jude nach Auschwitz deportiert wurde und von dort auf den Todesmarsch ging. Dieser führte ihn über Dachau bis nach Mittenwald, wo er von den Alliierten befreit wurde. Maurice Cling sprach vor allem über die Nivellierung von Tätern und Opfern auch im aktuellen französischen Opferdiskurs. Diese Nivellierung finde nicht nur in Deutschland, sondern seines Erachtens europaweit statt und ließe sich auch in Textpassagen der europäischen Verfassung nachweisen.

Als zweiter sprach Max Tzwangue, der als Widerstandskämpfer in der FTP-MOI kämpfte. Die FTP-MOI war eine mehrheitlich aus MigrantInnen, zum Großteil jüdischer Herkunft, bestehende Untergruppe der französischen Résistance. Max Tzwangue betonte, wie existenziell ihre Entscheidung war, bewaffnet gegen die deutschen Faschisten zu kämpfen. Auf eine Anerkennung ihres Widerstandes mussten die ehemaligen FTP-MOI KämpferInnen in Frankreich lange warten. Erst vor zwei Jahren, so Tzwangue, habe er die höchste französische Auszeichnung für seine Teilnahme am Widerstandskampf erhalten.

Als dritte sprachen Marcella und Enzo de Negri, Kinder eines italienischen Hauptmanns, der als Kriegsgefangener auf der griechischen Insel Kephallonia von Gebirgsjägern ermordet worden war. Ihr Thema war die Straflosigkeit der deutschen Täter und ihre Bemühungen, die Täter sowohl in Italien als auch in Deutschland vor Gericht zu bringen. Die de Negris nahmen bereits mehrfach an den Protesten in Mittenwald teil, Maurice Cling und Max Tzwangue waren das zweite Mal vor Ort. Trotz mehrmaliger Anfrage hat es die Gemeinde Mittenwald bislang nie für nötig befunden, die Zeitzeugen offiziell zu empfangen oder zu begrüßen. Anfragen blieben immer unbeantwortet. Diese beispiellose Ignoranz ist charakteristisch für die eklatante Verdrängungspolitik, im Rahmen derer in Mittenwald die Täter gefeiert und die Opfer verschwiegen werden.

„In Trauer um die Opfer der Kriegsverbrechen, die im 2. Weltkrieg von Gebirgsjägern der deutschen Wehrmacht in ganz Europa begangen wurden.
In Gedenken der unter Beteiligung der Gebirgstruppe deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden.
In Erinnerung an den Todesmarsch aus dem Konzentrationslager Dachau, der am 1. Mai 1945 in Mittenwald endete.
Nie wieder Faschismus
Dem Markt Mittenwald gestiftet am 30. Mai 2009 vom AK Angreifbare Traditionspflege. Die Steine stammen aus den Ruinen des italienischen Dorfes Falzano di Cortona. Deutsche Gebirgsjäger haben am 27. Juni 1944 das Dorf in der Toskana zerstört und 14 Dorfbewohner ermordet.
Nie wieder Krieg"

Auf der anschließenden Kundgebung wurde der aktuelle Stand der Entschädigungsklagen griechischer und italienischer Opfer von NS-Kriegsverbrechen gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag dargestellt. Auch des kürzlich verstorbenen Publizisten Hermann Frank Meyer wurde gedacht. Meyers Vater war Oberleutnant einer Gebirgsjäger-Einheit und von griechischen Partisanen erschossen worden. Auf einer Reise Meyers nach Griechenland bekam dieser Kontakt zu Überlebenden der Massaker von Wehrmachts-Einheiten. Seit dieser Zeit widmete er einen Großteil seiner Zeit Recherchen zu der mörderischen Politik der Gebirgsjäger während des Zweiten Weltkrieges mit Schwerpunkt auf deren Gräueltaten in Griechenland.

Im letzten Beitrag wurde der aktuelle Prozess gegen Josef Scheungraber in München thematisiert. Scheungraber war Offizier einer Gebirgsjäger-Einheit und verantwortlich für die Ermordung von 14 ZivilistInnen am 27. Juni 1944 im norditalienischen Dorf Falzano di Cortona. An dieses Massaker erinnert in Falzano di Cortona ein Denkmal, auf dem die Namen der Opfer geschrieben stehen. Bei den Worten des Redners: „Und in Mittenwald gibt es nun auch ein Denkmal" wurde ein weißer Pavillon, der im Hintergrund stand, weggetragen und ein mit einem schwarzen Tuch verhüllter Gegenstand sichtbar. Während Enzo di Negri die Namen der Opfer von Falzano verlas, traten die anderen drei Zeitzeugen vor. Maurice Cling enthüllte gemeinsam mit Max Tzwangue das Denkmal. *weiter S. 3*

Inhalt:
‚Ein Name und ein Gesicht' – Besuch im Herinnerungszentrum Westerbork 8

Nazischriften über Amazon

Der Onlinehändler Amazon bietet zahlreiche Bücher des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ (DS) an. Nach der Veröffentlichung einer entsprechenden Meldung der taz wird der Weiterverkauf ungeachtet fortgesetzt. Thorsten Schäfer – Projektmitarbeiter (Schwerpunkt Rechtsextremismus und Netzwerkprojekte) des Regionalzentrums für demokratische Kultur in Nordvorpommern-Rügen-Stralsund fordert deshalb zu Protesten und dem Boykott von Amazon auf.

Unter den von der taz bereits Anfang Januar gelisteten 29 Titeln fanden sich Schriften wie „Soldaten wie andere auch: Der Weg der Waffen-SS“ oder „Polen – nicht nur Opfer: Die Verschwörung des Verschweigens“.

Auch eine modifizierte Auflage des „Handbuchs für Patrioten und nationale Aktivisten“ mit dem Namen „Funkenflug“ ist bestellbar, das laut Netz-gegen-Nazis.de in Deutschland wegen Volksverhetzung verboten war.

Amazon-Sprecherin Christine Höger teilte auf Anfrage der taz mit: „Amazon vertreibt weder indizierte noch verbotene Titel. Unser Ziel ist es, unseren Kunden die größtmögliche Auswahl an verschiedenen Titeln bereitzustellen.“ Das bedeute allerdings keineswegs, dass man mit allen Meinungen sympathisiere oder sämtliche Aussagen in den Büchern unterstütze.

Amazon ist auf dem deutschen Markt einer der größten Onlinebuchhändler. 2007 erzielte das Unternehmen einen Jahresumsatz von mehr als einer Milliarde Euro. Zu den über das Portal zu beziehenden, den Nationalsozialismus verherrlichenden Titeln zählen zudem vier Ausgaben des „Taschenkalenders des nationalen Widerstandes“, der in einschlägigen Neonaziversänden angeboten wird und laut SZ „geistiges Rüstzeug für rechtsextreme Aktivisten“ bietet.

kun ■

Wulff-Auftritt bei Schlesiern in Frage gestellt

HANNOVER. In einem Brief an alle Abgeordneten des niedersächsischen Landtags ruft eine Bonner Bürgerin dazu auf, Ministerpräsident Christian Wulf aufzufordern, seine Teilnahme am diesjährigen „Deutschlandtreffen“ der „Landsmannschaft Schlesien“ abzusagen. Wulff wird auf dem Treffen am 27. und 28. Juni in Hannover als Redner angekündigt. Kritisiert wird in dem Schreiben u.a., dass das Land Niedersachsen diese Veranstaltung mit 50.000 Euro fördert. Anlass für die Kritik an Wulffs geplantem Auftritt bei den Schlesiern ist zum einen die Zusammenarbeit der „Schlesischen Jugend“ mit den „Jungen Witikonen“, des Jugendverbands des extrem rechten „Witikobund e.V.“. So wurden im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der beiden Jugendverbände im vergangenen Herbst einschlägig bekannte Akteure der extremen Rechten als Redner angekündigt. Zudem findet sich mit Willi Wiener ein NPD-Funktionär als stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Witikonen“ wieder.

Zum anderen wird kritisiert, dass der Bundesvorsitzende der „Landsmannschaft Schlesien“, der Leverkusener Rudi Pawelka, seine Aktivitäten für die umstrittene „Preußische Treuhand“ unbeirrt fortsetzt. Diese habe „in der Vergangenheit wiederholt durch ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit Entschädigungsforderungen und einer Aufsehen erregenden Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für Missstimmung im deutsch-polnischen Verhältnis gesorgt“, heißt es in dem Schreiben an die Landtagsabgeordneten.

Noch 2007 hatte Wulff seine Unterstützung dieser Veranstaltung davon abhängig gemacht, dass extrem rechte Aktivitäten auf dieser Veranstaltung verhindert werden. In seiner Rede forderte er die Schlesier auf, sich vor „rechtsextremem Gedankengut“ zu hüten und dies auch deutlich zu zeigen. Pressemeldungen zufolge wurden dort dennoch Bücher einschlägig rechter Autoren, wie z.B. des britischen Geschichtsrevisionisten David Irving angeboten, und eine Trachtengruppe trug Fahnen und Wappen mit Aufschriften wie „Schlesien ist nicht Polen – die Wahrheit wird Euch frei machen“ auf das Podium.

Die Aussagen Wulffs stünden „im krassen Widerspruch zu einer erneuten Teilnahme am ‚Deutschlandtreffen‘ der Schlesier 2009“, heißt es in dem Schreiben. „In Zeiten einer immer größer werdenden Bedrohung (…) durch rechtsextreme Kräfte“ sei es mehr denn je erforderlich, „die Verbreiter rechtsextremen Gedankenguts gesellschaftlich zu isolieren und sie nicht hoffähig zu machen.“

hma ■

Ausgewählte Werke

WALTROP/LEIPZIG. Im Jahr 2007 hatte die Hamburger Handelsgruppe Otto den Spezialversender „Manufactum“ komplett übernommen. Gegründet worden war dieser vor 19 Jahren von dem ehemaligen Landesgeschäftsführer der „Grünen“ in NRW, Thomas Hoof. Vor der Übernahme erwirtschafteten dort 150 Beschäftigte einen Umsatz von 100 Millionen Euro.

In seinen letzten „Hausnachrichten“, die Hoof seinen Katalogen immer voranstellte und die als „Kritik des Zeitgeistes“ (FOCUS) bezeichnet wurden, rechnete dieser mit der Generation der 68er ab. Mit Bedauern schreibt Hoof dort: „Wir werden sie im nächsten Jahr noch nicht erleben, die überfällige Abrechnung mit 68. Denn die Zinnen der Medienburgen sind von jenen besetzt, die den Marsch durch die Institutionen angetreten und erfolgreich durchgestanden haben“. Aber, so der gelernte Buchhändler Hoof, „die Abrechnung kommt dann 2018. Und sie wird derjenigen von 1968 in nichts nachstehen“.

Im eigentlichen Jubiläumsjahr, also 2008, findet man Hoof – nebst dem neurechten Publizisten Karlheinz Weißmann und dem „Junge Freiheit“-Kolumnisten Günter Zehm – als Autor in der Zeitschrift „Sezession“ wieder. In Hoofs Beitrag in der Ausgabe Dezember 2008, die von dem um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“ herausgegeben wird, schreibt er über den „deutschen Sonderweg“. Den verortet er irgendwo zwischen Hegel und Röpke, während er dem „angelsächsisch geprägten Wirtschaftsmodus des „Freien Westens“ eine „Implosion mit Knalleffekt“ prophezeit.

Auch im Programm der „Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG“, deren Bücher noch heute bei „Manufactum“ angeboten werden, findet man einschlägig bekannte Autoren: Hans-Hermann Hoppe, einer der Köpfe des rechten Flügels der „Libertären“ in den USA, mit dem Buch „Demokratie – Der Gott, der keiner ist“, in dem er so originelle Vorschläge äußert wie z.B. alle Kostgänger des Staates, sowohl Staatsbedienstete als auch Empfänger irgendwelcher staatlicher Subventionen, einfach vom Wahlrecht auszuschließen. Oder den völkischen Romantizisten Gustav Freytag mit einem Nachdruck seines subtil antisemitischen Buches „Soll und Haben“. Den ehemaligen CDU-Innensenator Jörg Schönbohm, der heute für Filbingers „Studienzentrum Weikersheim“ aktiv ist und in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“ schreibt, mit seinem Buch „Politische Korrektheit“. Und auch den Berliner Publizisten Jürgen Elsässer, der auf seinem Weg von links nach rechts mittlerweile als Referent bei der „Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg“ angekommen ist. Bei „Manuscriptum“ findet sich Elsässers Buch „Nationalstaat und Globalisierung“ nun in bester Gesellschaft mit dem „Taschenbuch der Rassegeflügelzucht“, einem Nachdruck aus dem Jahr 1926, dem Buch „Gender – Politische Geschlechter-umwandlung“ des FAZ-Redakteurs Volker Zastrow und einem Sammelband mit „Politischen Schriften“ Oswald Spenglers. Letzterer

Mittenwald 2009 – Fortsetzung von Seite 1

Maurice sagte dabei, sie würden das Denkmal stellvertretend für die enthüllen, die auf dem Todesmarsch ermordet wurden. Erst mit diesem würdigen Gedenken sei für ihn der Todesmarsch beendet.

Das Denkmal besteht aus einer Glasvitrine auf einer massiven Stahlstele. In der Vitrine befinden sich Steine und Überbleibsel aus den Resten der von den Gebirgsjägern zerstörten Häuser aus Falzano di Cortona. Diese Steine wurden dem AK Angreifbare Traditionspflege von der Gemeinde Cortona für das Denkmal zur Verfügung gestellt. Nach einer Gedenkminute wurden die Inschriften verlesen

Dieses Denkmal ist ein Geschenk des AK „Angreifbare Traditionspflege“ für die Gemeinde Mittenwald. Diese war im Vorfeld zur Enthüllung eingeladen worden. Wie die Jahre zuvor gab es auf diese Einladung keine Antwort. Auf der Veranstaltung stellte sich niemand als Vertreter der Gemeinde vor. Der AK forderte nun in einem weiteren Schreiben die Gemeinde auf, den Gedenkort würdig zu erhalten.

Nach dieser sehr bewegenden Enthüllung zogen die Demonstranten lautstark durch die Gemeinde Mittenwald, um die Bürgerinnen und Bürger und die Touristinnen und Touristen an die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger zu erinnern und der Opfer zu gedenken. An der Spitze der Demonstration gingen die vier ZeitzeugInnen.

Den würdigen Abschluss des Tages bildete das Konzert von Esther Bejarano und ihrer Gruppe Coincidence gemeinsam mit der Hip-Hop-Band Microphone Mafia. Sie präsentierten dort auch Lieder von ihrer neuen CD „Per la vita“. www.microphone-mafia.com

Der ganze Tag war für alle Beteiligten ergreifend. Mit diesem Denkmal, das der Opfer angemessen und dauerhaft in Mittenwald erinnert, kann mit gutem Gefühl die Kampagne beendet werden. *http://keine-ruhe.org*

Dort finden sich auch weitere Fotos und Informationen zu den Aktionen der vergangenen Jahre ■

gehörte zu den führenden Köpfen jener „Konservativen Revolution“, die die Weimarer Republik verdammten und die Machtüber-tragung an die Nazis ideologisch vorbereiteten. Ein Schuft, wer angesichts dieses ausgewählten Verlagsprogramms Böses denkt. *hma* ■

Antifaschistische Städtetour vorzeitig abgebrochen!

Am Samstag, den 23.5.2009 musste eine Demonstrationstour in den Städten Waiblingen, Böblingen und Stuttgart aufgrund massiver Polizeiangriffe frühzeitig abgebrochen werden. Die Tour fand im Rahmen einer längerfristig angelegten Kampagne gegen die NPD und Naziumtriebe im Großraum Stuttgart statt. Organisiert werden die Aktivitäten von der Initiative „Nazis keine Basis bieten“, an der sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes /Bund der AntifaschistInnen (VVN/ BdA), das Antifaschistische Aktionsbündnis Stuttgart & Region (AABS), die Linke, die Revolutionäre Aktion Stuttgart, die Antifaschistische Aktion (Aufbau) Stuttgart und weitere Gruppen, sowie Einzelpersonen u.a. aus den Gewerkschaften beteiligen.

Die erste Station der Bustour war die Stadt Waiblingen im Rems-Murr Kreis. Hier wohnt der Betreiber des neonazistischen RACords Versandes. Die Redebeiträge auf der Kundgebung vor Ort befassten sich dementsprechend mit dem Thema rechte Musik und rechter Lifestyle. Nach der Auftaktkundgebung auf dem Postplatz zogen ca. 50 Personen geschlossen und lautstark zum Bahnhof. Anschließend steuerte der Bus Böblingen an.

Die Kundgebung in Böblingen begann mit einem Redebeitrag des lokalen Antifabündnisses. Thematisch handelte der Beitrag von der Notwendigkeit gegen die Nazi-Aktivitäten vor Ort aktiv zu werden. Die NPD hat neben dem Einzug in die Stuttgarter Regionalversammlung auch den Einzug in den Böblinger Kreistag zum kommunalpolitischen Wahlziel erklärt. Anschließend formierte sich ein Demonstrationszug der durch die Bahnhofstraße führen sollte. Bereits nach wenigen Metern versuchte die Polizei die Demonstranten brutal auf den Gehweg abzudrängen.

Die DemonstrationsteilnehmerInnen, die sich dies verständlicherweise nicht gefallen lassen wollten, versuchten sich die Straße dennoch zu nehmen – worauf es zu weiteren Angriffen der Polizei und zu Rangeleien kam. Da die Demo zudem penetrant und provokativ abgefilmt wurde, skandierten die TeilnehmerInnen zudem Parolen gegen die filmenden Polizisten. Dies wurde wiederum zum Anlass genommen, um zu versuchen eine Person festzunehmen.

Auch die Festnahme wurde von den DemoteilnehmerInnen jedoch nicht einfach hingenommen, sondern versucht, das Vorgehen der Polizei gegen die Demo zu verhindern. Das Polizeiaufgebot setzte seine Angriffe im folgenden weiter fort und blockierte schließlich die Demonstrationsroute. In dieser Situation wurde beschlossen, die Demonstration zu beenden, da die Weiterführung nicht möglich war.

Die letzte Station der Tour war Stuttgart. Von Anfang an zeigte die Polizei eine massive Präsenz in der Stuttgarter Innenstadt. Mehrere Polizeizüge, sowie eine Reiterstaffel standen unmittelbar auf dem Auftaktkundgebungsplatz. Bereits nach wenigen Minuten stürmten mehrere Polizisten in die Kundgebung, um eine Fahne zu beschlagnahmen, da diese zum Eigenschutz verwendet werden könne. Nach kurzen Auseinandersetzungen nahm die Polizei eine Person unter fadenscheinigen Begründungen fest. Mehrere Personen die sich solidarisierten und zum Festnahmeort gelangen wollten, wurden mit Pferden vertrieben, wobei mindestens ein Antifaschist von einem Pferd verletzt wurde.

Nachdem sich die Situation beruhigt hatte, hielt das Antifaschistische Aktionsbündnis Stuttgart und Region einen Redebeitrag zur NPD. Darauf folgte ein Redebeitrag der VVN-BdA zur Forderung, in der ehemaligen Gestapozentrale eine Gedenkstätte zu errichten. Da die Polizei weiterhin aggressiv auftrat, stellte die Demonstrationsleitung fest, dass die Sicherheit der Teilnehmer nicht gewährleistet werden kann. Es wurde bewusst darauf verzichtet noch eine Demonstration durchzuführen, da es abzusehen war, das die Polizei weiterhin provozieren und neue Übergriffe und Festnahmen durchführen würde.

aus PM Antifaschistische Aktion (Aufbau) ■

Innenminister Caffier verbietet rechtsextreme Mecklenburgische Aktionsfront

SCHWERIN. Der Innenminister von mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier (CDU) hat am 28. Mai 2009 die rechtsextremistische Kameradschaft „Mecklenburgische Aktionsfront“ (M.A.F.) verboten. Gleichzeitig sei beim führenden Kopf der Gruppierung die Beschlagnahme von Vereinsvermögen veranlasst worden, um weitere Aktivitäten zu unterbinden, teilte das Innenministerium in Schwerin mit. Das Verbot sei erforderlich, „um den widerlichen Umtrieben“ der Kameradschaft ein Ende zu setzen, sagte der Minister. Zudem zeige es, dass es für den Rechtsextremismus „null Toleranz“ gebe. Die „Mecklenburgische Aktionsfront“ ist den Angaben zufolge eine seit Jahren aktive Kameradschaft im Raum Neustrelitz/Neubrandenburg, zu deren Kern zehn bis 15 Neonazis gehören. Die Gruppierung äußere sich antisemitisch sowie rassistisch und handle verfassungswidrig. Die Kameradschaft habe in der Vergangenheit regelmäßig mit provokanten Aktionen ihre Nähe zum Nationalsozialismus demonstriert und sei wesentlich in die Vernetzung rechtsextremistischer Strukturen im Land eingebunden, hieß es weiter zur Begründung. Eine enge Vernetzung mit der NPD sei erkennbar. Die Bewertung der M.A.F.-Aktivitäten bestätige die Annahme, dass sie ihre politischen Ziele zur Überwindung der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform „kämpferisch-aggressiv vertritt“. *Axel Holz, VVN-BdA, Neofaschismuskommission Küste* ■

Als führender Kopf der Kameradschaft galt der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende David Petereit. Der Wahlkreismitarbeiter des Landtagsabgeordneten Birger Lüssow kandidiert am 7. Juni bei den Kommunalwahlen für die Rostocker Bürgerschaft und ist auf Platz drei der NPD-Landesliste für die Bundestagswahl.

Die „Mecklenburgische Aktionsfront“ galt als eine der aktivsten Kameradschaften im Land. Auch der seit fünf Jahren stattfindende Tollensemarsch ging auf das Konto der nun verbotenen Kameradschaft. Hier hatten sich immer am letzten Februar-Wochenende etwa 80 bis 130 Neonazis zum Marsch um den gleichnamigen See getroffen. Auch in diesem Jahr hatten Jugendliche aus der Region den „Marsch mit Leistungsabzeichen“ durchgeführt.

Auf der Internetseite der vereinsähnlichen Kameradschaft nahm man das Verbot derweil „sportlich“. „Die 20-seitige Verbotsverfügung“, heißt es dort, „liest sich wie ein Ruhmesblatt und wird auf jeden Fall Eingang in die Geschichtsbücher des folgenden Staates finden.“

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

NPD-Landesparteitag in Handorf (Kreis Lüneburg)

NIEDERSACHSEN. Am Sonntag, 24. Mai hat der NPD-Landesverband Niedersachsen erneut einen konspirativen Landesparteitag veranstaltet. Die Räumlichkeiten stellte Manfred Börm, seines Zeichens Leiter des NPD-Bundesordnerdienstes, aus Hanndorf mit seinem Grundstück zur Verfügung, der infolgedessen mit dem parteieigenen Ordnerdienst für den entsprechenden „Schutz“ an diesem Tag sorgte.

Die angereisten Neonazis wurden zuvor über mehrere Schleusepunkte zum Grundstück Börms gelotst. Unter anderem waren Mitglieder der Snevern Jungs und der Kameradschaft 73 Celle anwesend.

Wie einer Pressemitteilung des NPD-Landesverbandes zu entnehmen ist, wurde mit großer Mehrheit Adolf Dammann zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld kandidierte nicht mehr, da er sich „zukünftig ganz auf seine Tätigkeit als Bundesschatzmeister konzentrieren möchte“. Stellvertreter Dammanns sind Matthias Behrens und Manfred Börm. Als Beisitzer wurden Christian Berisha, Malte Holzer, Michael Hahn, Friedrich Preuß, Ricarda Riefling, Ulrich Plate, Carsten Steckel gewählt.

Quelle:Antifa-Initiative Soltau-Fallingbostel und PM NPD ■

Bundeswehrverband will NPD-Chef Voigt ausschließen

BERLIN. Der Bundeswehrverband will den Vorsitzenden der rechtsextremen NPD, Udo Voigt, ausschließen. Voigts Agieren stehe in „eklatantem Widerspruch“ zu den Grundwerten des Bundeswehrverbandes, sagte der Justitiar der Soldatenvertretung, Christian Sieh, in Berlin. „Sein Verbleib in dem Verband wäre unerträglich.“ Der Vorstand des Bundeswehrverbandes werde Voigts Ausschluss im Juni beschließen.

Ein bereits seit längerem laufendes Ausschlussverfahren war zwischenzeitlich ausgesetzt worden, weil der Verband das Urteil eines Berliner Gerichts gegen Voigt wegen Volksverhetzung habe abwarten wollen, erklärte Sieh. Voigt sei am 24. April in erster Instanz verurteilt worden. Damit sei ein Verbandsausschluss eindeutig.

Am 28. April habe der Vorstand einstimmig beschlossen, das interne Verfahren gegen Voigt wiederaufzunehmen. In der nächsten Vorstandssitzung am 18. Juni werde der Ausschluss besiegelt. Nach der Satzung darf ein Mitglied des Bundeswehrverbandes nicht Mitglied einer Organisation sein, die sich gegen die demokratische Grundordnung stellt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung ■

NPD-Veranstaltung in Kamen-Methler verhindert!

KAMEN. Erneut wurde eine NPD-Veranstaltung durch die Aufmerksamkeit von AntifaschistInnen und das couragierte Verhalten der betroffenen Gastwirte verhindert. Der NPD-Kreisverband Unna/Hamm wollte am Samstag nachmittag eine Saalveranstaltung mit dem neuen DVU-Bundesvorsitzenden Matthias Faust in der „Turmklause“ in Kamen-Methler durchführen. Nachdem die Gastwirte informiert wurden, verwiesen sie die NPD des Hauses. Wie viele Male zuvor hatte die NPD den Zweck ihrer Veranstaltung verheimlicht. Ein Strohmann mietete die Räume für einen „Geschichtsverein Kamen“. „Das Gastwirte-Paar hat sich vorbildlich verhalten und echte Zivilcourage bewiesen“, lobt Antifa-Sprecher Mirko Dürer. „Sie haben sich von den Neonazis nicht einschüchtern lassen, sondern ihr Recht durchgesetzt. So konnte schon wieder eine NPD-Veranstaltung in Kamen verhindert werden.“ Bereits im Januar wollte sich die NPD in Methler treffen, stand aber vor verschlossenen Türen. Der Gastwirt konnte noch vor der Veranstaltung von der Antifa informiert werden und kündigte den Mietvertrag.

Bei den Kommunalwahlen wird die NPD aller Wahrscheinlichkeit nach nicht im Kreis Unna kandidieren. Im Internet heißt es, man wolle stattdessen die „Kameraden in Dortmund“ unterstützen. Der NPD fehle es an den nötigen Kandidaten, meint die Antifa UNited, ein Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen aus dem Kreis Unna. „Das ist sicher auch ein Erfolg der antifaschistischen Interventionen und Proteste. Die NPD braucht diese Treffen, um ihre Strukturen auszubauen und neue Mitglieder zu gewinnen“, so Dürer. Um so wichtiger sei es, dass Gastwirte bei Bekanntwerden von rechten Anmietungen umgehend Kündigungen aussprechen. Unter den anwesenden Neonazis befanden sich auch der NPD-Oberbürgermeisterkandidat für Dortmund Axel Thieme und der lokale NPD-Kreisvorsitzende Hans Jochen Voss, der diese Veranstaltungen maßgeblich organisiert.

Gegen 17.00 Uhr mussten die NPD- und DVU-Mitglieder, einige waren sogar aus Wuppertal, Paderborn oder Recklinghausen angereist, Methler wieder verlassen. Friedlich blieb es allerdings nicht: Einige Veranstaltungsteilnehmer gingen noch einen anwesenden Fotoreporter der WAZ an und beschimpften ihn als „Kommunistenschwein“.

Gastwirte, die Tipps zum Umgang mit Neonazi-Veranstaltungen bekommen möchten, können sich gerne an die Antifa UNited wenden. Unter www.wirte-handreichung.de.vu kann eine Handreichung heruntergeladen werden.

Antifa UNited, 23.05.2009
antifaunited.blogsport.de■

Pro NRW Jugendbeauftragter wechselt zu den „Freien Kräften“

KÖLN. René Emmerich, Pro NRW-Jugendbeauftragter Rheinland hat sich mit einer längeren Erklärung, die auf der Webseite des Aktionsbüros Westdeutschland veröffentlicht wurde, von Pro NRW verabschiedet, allerdings nicht, um der extremen Rechten überhaupt den Rücken zu kehren, sondern um zu den radikaleren „Autonomen Nationalisten“ um Axel Reitz zu wechseln.. Axel Reitz verkündet, er sei „ermächtigt, die Austrittserklärung bzw. Rücktrittserklärung publik zu machen“. Emmerich begründet seinen Austritt mit dem Realitätsverlust seiner ehemaligen Organisation um ihren „Anti-Islamisierungskongress“ Anfang Mai. So seien anstatt der von Pro Köln immer wieder erwähnten 1.000 Teilnehmer nicht einmal 300 da gewesen und davon die meisten aus dem Ausland angereist. Zitat: „Was für eine Blamage der Kongreß doch gemessen an den vollmundigen Ankündigungen im Vorfeld gewesen ist und Ihr macht daraus einen ‚grandiosen Erfolg‘... Aber so geht das ja schon seit einer kleinen Ewigkeit, wie nicht nur mir als internem Kenner Eurer politischen ‚Arbeit‘ bekannt ist. Ständig werden völlig absurde Teilnehmerzahlen und sonstige Erfolge von Euch herbei gelogen“ ... „Geradezu widerlich ist auch die immer massiver werdende Anbiederung an Zeitgeist und System. In verschiedenen Videos und Presseberichten vom letzten Kongress ist ein Teilnehmer mit dem Spruch ‚Eure Galgen werden schon gezimmert‘ auf seinem T-Shirt zu sehen. Bei diesem soll es sich laut Eurer Stellungnahme um einen ‚linken Störer‘ handeln, welcher Eurem ‚Image‘ schaden sollte.“ Dieser vermeintliche Störer und andere anwesende Nationalisten hätten allerdings lauthals gegen wirkliche linke Störer protestiert, so Emmerich.

Nach Angaben von „blick nach rechts“ haben noch zwei weitere „Pro NRW“-Funktionäre das Handtuch geworfen, beide aus dem erst Ende April gegründeten Kreisvorstand Mönchengladbach/Viersen. *u.b.* ■

Europarats-Kommission kritisiert Bundesregierung

BERLIN. „Für ihr laues Engagement bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus erhält die Bundesregierung nun die Quittung aus Straßburg“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, den Bericht der Europarats-Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI). Die Kommission kritisiert darin die mangelnde Entschlossenheit deutscher Behörden, gegen Rassismus vorzugehen. Jelpke weiter: „Völlig zu Recht weist die Europarats-Kommission auf das vielfältige Versagen der Bundesregierung im Kampf gegen rechte Gewalt hin. Dem Aufruf, fremdenfeindliche, antisemitische und rassistische Vereinigungen zu verbieten, kann ich mich nur anschließen. Konkret bedeutet das, endlich entschlossen ein NPD-Verbot vorzubereiten und mit der staatlichen Förderung dieser faschistischen Partei Schluss zu machen.

Auch in Straßburg wird registriert, dass die anhaltend hohe Zahl rechtsextremer Übergriffe in Deutschland ein Zeichen dafür ist, dass die deutschen Behörden bislang nicht energisch genug gegen rassistische Gewalt vorgehen. Die Konsequenz hieraus muss sein, die auf Sparflamme gehaltene Förderung von Anti-Gewalt-Projekten sowie Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus auszubauen und auf eine dauerhafte und verlässliche Grundlage zu stellen. Mit der Kriminalisierung antifaschistischer Arbeit, wie sie der Verfassungsschutz regelmäßig betreibt, muss Schluss sein. Die Europaratskommission fordert außerdem die Einrichtung einer unabhängigen Instanz, bei der rassistische Übergriffe von Polizisten gemeldet werden können. DIE LINKE geht noch einen Schritt weiter: Wir fordern eine unabhängige Beobachtungsstelle zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Angesichts der zögerlichen Haltung der Bundesregierung ist diese überfällig.“

Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE. ■

Mit dem Grundgesetz gegen das Grundgesetz

LUCKENWALDE. Anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik und begleitet von einer Vielzahl von Protestaktionen marschierten gestern ungefähr 250 (Neo)nazis durch die brandenburgische Kleinstadt Luckenwalde.

Die so genannten „Freien Kräfte Teltow Fläming“ hatten zu dem Aufmarsch unter dem Motto „Freiheit statt BRD“ aufgerufen, um den „Ersatz der geltenden Staatsform“ durch einen so genannten „Nationalen Sozialismus“ einzufordern. Auf zuvor, u.a. bei (Neo)naziveranstaltungen am 25. April 2009 in Treuenbrietzen (Landkreis Potsdam Mittelmark) und am 1. Mai 2009 in Freiberg (Sachsen) verteilten Flugblättern „argumentierten“ die Veranstalter von Luckenwalde mit der angeblichen Ungültigkeit des „Grundgesetzes“ und verlangten die Ausarbeitung einer Verfassung, die mutmaßlich auf die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ in vollem Umfang und in den Grenzen von 1937 abzielt.

In Redebeiträgen ließen die Vertreter der einzelnen (Neo)nazigruppen dann auch keinen Zweifel daran, dass diese juristische „Argumentation“ nur als Mittel zum Zweck dient, um insbesondere gegen die im „Grundgesetz“ verwirklichten Menschenrechte zu schießen, ihnen völkische, rassistische und antisemitische Grundsätze entgegenzusetzen und den 1945 in staatstragender Form zerschlagenen Nationalsozialismus quasi wiederzubeleben.

Keinen Zweifel hatten deswegen auch die Luckenwalder, was sie von den Teilnehmern dieses Aufmarsches zu erwarten haben. Entlang der Demonstrationsroute der (Neo)nazis hatte deshalb ein Bürgerbündnis Plakate mit der Aufschrift „Luckenwalde gegen Nazis“ angebracht und auf dem Marktplatz im Stadtzentrum zu einer Veranstaltung gegen den Aufmarsch aufgerufen, die von ungefähr 300 Bürgern besucht wurde. An einer antifaschistischen Demonstration durch das Stadtgebiet nahmen zudem ungefähr 450 Menschen teil.

Weiterhin kam es zu zahlreichen Protestaktionen am Rande des (Neo)naziaufmarsches, die den marschierenden (Neo)nazis aus Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt deutlich den Eindruck vermittelten, hier nicht willkommen zu sein.

Antifa Westhavelland
http://westhavelland.antifa.net/Naziaufmarsch%2023.05.2009%20Luckenwalde.html ■

Neonazi-Feier am „Herrentag“ im Berliner Südosten

Neonazis aus Berlin und Brandenburg betranken sich in Treptower Lokal und riefen nazistische Parolen – Polizei beobachtete die Zusammenkunft.

In der Brückenstraße im Berliner Ortsteil Niederschöneweide trafen sich am vergangenen Donnerstag (Himmelfahrt und sog. Vatertag) rund 40 Aktivisten der Berliner Naziszene in der Kneipe „Zum Henker“, zogen von dort aus wiederholt grüppchenweise durch Schöneweide und riefen lautstark Parolen wie „Frei Sozial National“ und „Hier marschiert der Nationale Widerstand“.

Tina Böhm, Pressesprecherin des ABSO kommentiert die Veranstaltung: „Vom ‚Henker‘ geht ein neues Bedrohungspotenzial in Schöneweide aus. Die menschenverachtende Ideologie der Gäste, in Kombination mit Alkohol, an einem gemeinsamen Treffpunkt, ist eine explosive Mischung, gerade in Schöneweide, wo die rechte Szene seit Jahren versucht, Dominanz auf der Straße auszuüben. Wir fordern daher die Schließung des ‚Henkers‘.“

Unter den Gästen befanden sich nicht nur Mitglieder der Berliner Kameradschaftsszene wie Sebastian Schmidtke aus Treptow-Köpenick, Andreas Thomä aus Marzahn-Hellersdorf und Neuköllner Neonazis wie Patrick Weiß und Thomas Schirmer, sondern auch Aktivisten des „Frontbann 24“ - einer Art Kameradschaft, deren Mitglieder im Neonazi-Stil der 1990er Jahre schwarze Uniformen mit Nazisymbolen und Glatzenfrisuren tragen. Auch Neonazis aus Brandenburg betranken sich im „Henker“: Aktivisten der „Freien Kräfte Teltow-Fläming“, deren Mitglieder erst kürzlich Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen wegen „Verunglimpfung des Staates“ erdulden mussten und am folgenden Samstag in Luckenwalde einen Aufmarsch gegen Demokratie durchführten (s. Seite 5, die Red.), waren vor Ort.

Gegen 18:30 Uhr erschienen Bereitschaftspolizisten und Polizeibeamte in zivil, die mit dem Betreiber des Lokals sprachen – der sich an seinen Gästen jedoch nicht störte – und den restlichen Abend die Szenerie beobachteten.

Die Kneipe „Zum Henker“ war gestern nicht zum ersten Mal in diesen Zusammenhang auffällig, sondern ist immer wieder Treffpunkt für organisierte Neonazis. Zuletzt kehrten am 1. Mai dieses Jahres einige Neonazis – die zuvor an einer NPD-Veranstaltung in der NPD-Bundeszentrale im Ortsteil Köpenick teilnahmen – direkt danach im „Henker“ ein. Auch dabei handelte es sich um organisierte Neonazis. Seit der Eröffnung der Kneipe Anfang dieses Jahres kam es vermehrt zu neonazistischen Straftaten.

Tina Böhm
Pressesprecherin des Antifa-Bündnis Süd-Ost
Weitere Informationen unter:
www.abso-berlin.tk ■

Protest gegen Patenschaft mit der Fregatte „Köln“

Köln. 30. Mai 2009. Mit einem Transparent und Flugblättern protestierten Gegnerinnen und Gegner der Kriegspolitik vor dem Kölner Rathaus. Die Stadt Köln und die Bundeswehr wollten an diesem Tag feiern: 100 Jahre Patenschaft der Stadt Köln mit der jeweiligen Kriegsmarine und den bisher 5 Kriegsschiffen mit dem Namen Köln.

Die vierzig bis fünfzig Militaristen, die vor dem Rathaus auf die Öffnung der Rathaushalle warteten, schraubten ihre Köpfe wie gebannt in Richtung des Transparentes, als sie lasen: „Keine Patenschaft für Kriegsgerät – auch nicht für die Fregatte Köln – Bundeswehr wegtreten“. Sie blieben so minutenlang ausgerichtet. Einer von ihnen erklärte, dass er immer noch lebe, als er lauthals verkündete: „Die Verrückten sterben nicht aus.“ Langsam schob sich ein von weither Gereister über das unebene Pflaster vor dem Rathaus. Auf seinen Jackenärmel hatte er eine Plakette angenäht und erinnerte daran, dass er ein Vertreter der Österreichischen Kriegsmarine war.

Der Inspekteur der Kriegsmarine, Nolting, eilte beschleunigt weiter, als in Rufen kritisiert wurde: Mit der Feier der hundert Jahre Kontinuität wird die verdammenswerte frühere und jetzige deutsche Kriegspolitik gerechtfertigt und die Nazi-Marine gefeiert. Der leichte Kreuzer „Köln“ hatte 1936 die faschistischen Truppen Francos von Marokko nach Spanien transportiert, so dass die spanischen Faschisten ihren Putsch gegen die demokratische Republik Spanien beginnen konnten. Auch danach versorgte und unterstützte diese „Köln“ die spanischen Faschisten.

Fotos www.report-k.de

In seiner Rede, bei der Feier im Kölner Rathaussaale, rechtfertigte der Marineinspekteur das weltweite Kriegstreiben der Bundeswehr: alles im Dienste des deutschen Handels – in Klartext übersetzt: des Wohlergehens der Kapitalherren.

Stadtdirektor Kahlen dankte der Kriegsmarine für die derzeitige Kriegspolitik und war begeistert über 100 Jahren Patenschaft. Kahlen würdigte nicht die Matrosen, die mit ihrem Aufstand 1918 entscheidend dazu beitrugen, den Krieg, der für Krupp und Co. geführt wurde, zu beenden.

Die Kritiker-innen forderten in ihrem Flugblatt:

„Beendigung der Patenschaft für die Fregatte ‚Köln‘.

Die Stadt Köln soll damit zeigen, daß sie für eine Politik des Friedens steht!“

Ein Bericht auch unter www.report-k.de vom 31.5.2009

gba ■

www.luzi-m.org berichtet:

500 gegen die „Hasselbande“

München. 25.5. Rund 150 Neonazis demonstrierten am Samstag (23.5.) für die Freiheit der Nazipropaganda. Doppelt so viele Antifaschist/ innen machten vorher deutlich, dass „nichts und niemand vergessen“ ist. Die Polizei nahm 16 Nazigegner/innen fest.

Antifaschismus scheint weiten Teilen der bürgerlichen Linken nicht mehr wichtig zu sein. Zu diesem Schluss muss mensch erneut kommen, wenn er/sie am Samstagvormittag zur antifaschistischen Demonstration an der Schwanthalerhöhe kam. Wieder einmal war es den am „Münchner Bündnis gegen Naziaufmärsche“ beteiligten gemäßigten Gruppierungen wie Gewerkschaften und Friedensgruppen nicht gelungen, ihr „Lager“ gegen den von Neonazi Phillip Hasselbach organisierten Aufmarsch zu mobilisieren. Nur einzelne Verteter/innen zeigten sich.

Wieder waren es also vor allem Leute aus der radikalen Linken, die an diesem Tag Präsenz zeigten. Erstmals wurde allerdings die Demonstration auf Initiative des „Antisexistischen Aktionsbündnisses München“ (asab_m) von zwei Duzend Frauen angeführt. Unter dem Motto „Reclaim the Antifa“ hatte das Bündnis gegen die meist hohe Männer- (und Männlichkeits-) Dominanz Frauen zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die Demonstration zog gegen halb eins durch die Mittagshitze in die Innenstadt. Eine Zeit lang verlief die Antifademonstration recht gemütlich, wenngleich Spalier und die als Absperrung geparkten Polizeibusse deutlich machten, dass die Polizei einen Durchbruch wie zuletzt am 8. Mai verhindern wollte.

Erst nachdem die Demonstration an der Goethestraße vorzeitig beendet wurde, kam es zu Übergriffen der Polizei, als Leute versuchten, zur Neonazidemonstration zu gelangen. Indymedia berichtet dazu:

„Entlang der gesamten Route wurden die Nazis von Gegendemonstrant/innen lautstark gestört. Am Stiglmaierplatz gelangten einige Antifaschist/innen in die nächste Nähe der Neonazidemonstration, wo sie von Mitgliedern der Anti-Antifa Nürnberg abgefilmt und fotografiert wurden. Aus Selbstschutz hielten sich einige Antifas Tücher vor das Gesicht, später wurden sie von Zivilpolizisten unter dem Vorwurf der Vermummung festgenommen.“

Wie schon bei den letzten Malen also drängte die Polizei die Antifaschist/innen auseinander und von der in Sperrgittern laufenden Neonazidemonstration weg. Neu war lediglich die Flexibilität der Straßensperren. War es früher bei derlei Anlässen noch üblich, die halbe Innenstadt stundenlang abzuriegeln, so wurde nun schon kurz nach dem Vorbeiziehen der Rechtsextremen der Verkehr wieder freigegeben.

Die rund 500 Gegendemonstrant/innen hatten keine Möglichkeit, effektiv gegen den Aufmarsch der „Hasselbande“ vorzugehen. Gegen 17.30 Uhr beendeten die Neonazis ihre Demonstration am Hauptbahnhof. Zu beklagen gibt es 16 vorübergehende Festnahmen und einige Verletzte. Am späten Abend noch – das sei der Vollständigkeit halber erwähnt – zogen noch ein gutes Dutzend Antifaschist_innen laut und mit Fahnen durchs Gärtnerplatzviertel, um gegen die Polizeirepression zu protestieren. ■

Kundgebung „Stoppen wir gemeinsam die Nazis“

Rede von Stadträtin Brigitte Wolf, DIE LINKE

Liebe Münchnerinnen und Münchner, liebe Freunde, die jüngsten Berichte zur Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten bestätigen von staatlicher Seite, was die Bürgerinnen und Bürger schon lange wissen: In der BRD ist eine gewalttätige faschistische Bewegung entstanden, trotz, oder vielleicht auch weil der Verfassungsschutz tief darin verwickelt ist. Der Staat, die politischen Parteien, die die Mehrheit stellen, tun nichts dagegen. Die neuen Naziparteien leben nicht von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung. Sie existieren wegen der Duldung durch den Staat.

◗ Die neuen Nazis demonstrieren heute, weil sie erkannt haben, was sie in der BRD am Fortkommen hindert: Sie werden durch Gesetze und Bestimmungen behindert, die es den neuen Faschisten erschweren, die Tradition der Nazis offensiv aufzugreifen. Solange das Strafgesetzbuch die Leugnung des Holocaust verbietet, können die Nazis die reaktionären Potenziale, die es in der politischen Kultur gibt, nicht ausschöpfen. Die praktische Folge ist, dass die Verbindung von Naziideologie und autoritärer, konservativ reaktionärer Politik nicht legal erreicht werden kann.

Mit diesen Bestimmungen schützt sich die bürgerlich-konservative Gesellschaft vor ihren eigenen reaktionären Tendenzen. Sie tut dies aus der Erinnerung der Niederlage, in die die Nazi-Politik geführt hat. Sie muss es auch deshalb tun, weil diese Erinnerung auch in der internationalen Welt lebendig geblieben ist.

„Die neuen Naziparteien leben nicht von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung. Sie existieren wegen der Duldung durch den Staat. Das Verbot der NPD ist überfällig !“

Die neuen Nazis müssen gegen diese Gesetze vorgehen, weil sie ihre Verbindungen zum konservativen Lager ausbauen und offen pflegen wollen. Sie sehen Erfolgsaussichten in politischen Entwicklungen, die sie veranlassen, auszutesten, wie weit sie gehen können:

◗ Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik fordert eine ideologische Basis. Die Logik der Kriegseinsätze beruht auf Befehl und Gehorsam, auf Führung und Gefolgschaft, auf der Bereitschaft zum Opfertod bzw. dessen Akzeptanz durch die Zivilbevölkerung. Der Verankerung einer solchen ideologischen Ausrichtung dienen die öffentlichen Vereidigungen, die Ende Juli auch auf dem Marienplatz abgehalten werden soll.

◗ Ein anderer Punkt ist die Weigerung, Verantwortung für die Untaten der Nazis zu übernehmen, wenn es um Widergutmachung geht. Das zeigt sich exemplarisch am Distomo-Verfahren, wo sich die Bundesregierung auf die Staatenimmunität beruft, um die berechtigten Forderungen der zerstörten Dörfer ins Leere laufen zu lassen. Ein weiteres Beispiel ist das beschämende Verhalten der Stadt in Sachen „Sumpflegende“ von Paul Klee: Raubkunst wird juristisch umdefiniert zu Kulturbesitz der Stadt München.

Wir fragen uns hier und heute nicht zum ersten Mal, warum die NPD nicht endlich verboten wird, obwohl ihre Taten dazu nachgerade schreien. Das hängt mit den Anknüpfungspunkten zusammen, die die Nazipolitik mit rückschrittlichen Strömungen hat, wie sie in großer Breite in fast allen Parteien auftauchen.

Als Vertreterin der LINKEN im Stadtrat bin ich nicht zufrieden, zu versichern, dass die Absage an solche Entwicklungen durch die LINKE sicher ist. Es wäre notwendig, dass sich auch bei den anderen demokratischen Parteien etwas tut.

Das Verbot der NPD ist überfällig!

■

Bericht vom Besuch einer Reisegruppe der VVN-BdA im „Herinnerungszentrum Kamp Westerbork“ am 10. Mai 2009:

„Ein Name und ein Gesicht...“

„Die Geschichte des Lagers Westerbork ist die Geschichte des 102.000fachen Mordes einer Person: einer Mutter, eines Vaters, eines Opas, einer Großmutter, eines Onkels, einer Tante, eines Bruders, einer Schwester, eines Sohnes, einer Tochter, eines Neffen, einer Nichte, eines Freundes, einer Freundin, eines Nachbarn, eines Klassenkameraden... Und es ist die Geschichte von 5000 Überlebenden“ – heißt es im deutschen Flyer des Erinnerungszentrums Kamp Westerbork in den Niederlanden.

Uns diese Geschichte anzuhören und das ehemalige Lager und die dazugehörige Gedenkstätte anzusehen, haben wir uns vom Kreisverband Düsseldorf der VVN-BdA am 10. Mai mit 22 Mitgliedern und interessierten jungen Freunden

– dank großzügiger Unterstützung durch die Evangelische Kirche im Rheinland – auf den Weg gemacht nach Hooghalen bei Groningen.

Dort liegt zwischen idyllischen Dörfern und weiten Feldern ein ausgedehntes Waldgebiet, in dem sich von 1942 bis 1945 das Durchgangslager Westerbork befand. Und dort war übrigens auch einige Zeit Werner Stertzenbach, (Mitglied in der VVN-BdA Düsseldorf bis zu seinem Tod) inhaftiert.

Am Schlagbaum zum Lager erwarteten uns Jan de Vries, um uns über das ehemalige Lagergelände zu führen und Sophie Molema mit ihrem Mann, die an der Universität Nijmegen ihre Dissertation über Werner Stertzenbach geschrieben hat und somit ebenfalls über detaillierte Kenntnisse des Ortes und seiner grausamen Geschichte verfügt.

Das besonders Grausame, so machte uns Jan de Vries deutlich, war, dass das Leben im Lager im Vergleich zu anderen erträglich war und damit Hoffnung erzeugte – es gab beispielsweise eine renommierte ärztliche Behandlung – , diese Hoffnung aber am Ende sich als trügerisch erwies, wenn wieder einmal einer der insgesamt 93 Züge zur Deportation in die Vernichtungslager zusammengestellt wurde.

Der Bericht von Jan de Vries über den Lageralltag war auch deshalb so besonders bewegend, weil die einstige Unmenschlichkeit des Ortes in so krassem Gegensatz zu dem frühlingshaft warmem Wetter und der uns umgebenden Natur stand und die erfreulich große Zahl der Besucher – viele mit Familien und Kindern – dem Ganzen eine Art Ausflugscharakter verlieh. Die historische Realität verlässt einen aber nie – dafür sorgen unter anderem zwei künstlerische Monumente, eine Rampe, an der zwei zerschnittene, zerfetzte Bahngleise in den Himmel führen und jäh enden, und auf dem ehemaligen Appellplatz, ausgelegt mit zweifarbigem Pflaster in Form der Niederlande, kleine, rote Steinquader unterschiedlicher Höhe mit dem Davidstern auf der Oberseite, 102.000 an der Zahl, ein Stein für jeden einzelnen Menschen, der hier oder von hier aus deportiert den Tod fand.

Das Ziel, hier jeden Einzelnen zu würdigen und ihm seinen Namen und seine Individualität zurückzugeben, steht auch im Vordergrund der Ausstellung der Gedenkstätte, die wir abschließend besuchten: ein beeindruckender Film, Fotos und Gebrauchsgegenstände aus dem Lager machen dies für den Besucher deutlich greifbar und ergreifen ihn.

Am Ende waren wir alle froh, diese Fahrt unternommen zu haben, zum Gedenken ebenso wie zur weiteren Motivation für unsere Aktivitäten gegen Neonazismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Sophie Molema überraschte uns mit ihrem Buch „Getuigen von Westerbork – WERNER STERTZENBACH – „Rood enjood“ (Herausgeber: Herinnerungszentrums Kamp Westerbork), welches den erschütternden Briefwechsel von Werner Stertzenbach mit seiner Frau Stella vom 16. Oktober 1941 (dem Termin seiner Inhaftierung in Westerbork) bis zu seiner Flucht am 21. September 1943 dokumentiert.

Geschockt waren alle über die Tatsache, dass der deutsche Lagerkommandant, SS-Obersturmführer Gemmeker vom Mord an 102.000 aus seinem Lager deportierten Jüdinnen und Juden nichts gewusst haben wollte und deshalb in den Niederlanden zu lediglich 7 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Seinen „Lebensabend“ verbrachte er friedlich als Zigarrenhändler am Karlsplatz in Düsseldorf. Eine Strafverfolgung durch deutsche Behörden wurde abschlägig beschieden, da Gemmeker seine „Strafe“ bereits verbüßt habe. Eine Anzeige von Werner Stertzenbach wegen einer von Gemmeker verfügten Deportation der Patienten der psychiatrischen Anstalt „Apeldoornse Bos“ in Apeldorn nach Auschwitz bei der zuständigen Staatsanwaltschaft wurde nie beantwortet. Später stellte sich heraus, dass der zuständige Staatsanwalt ein hoher Funktionär bei der Hitler-Jugend gewesen war.

Sylvia Brecht ■

Protest gegen Schmierereien an Gedenktafel

Kassel, den 24.05.2009. Laut Pressemeldung wurde am Wochenende die Gedenktafel für die Kasseler Synagoge in der Unteren Königstraße mit Farbe beschmiert. Damit wurde bewusst ein Ort der Erinnerung an eines der schlimmsten Verbrechen der Nazizeit in Kassel attackiert. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) ist über diese antisemitische Provokation entsetzt und fordert von den politisch Verantwortlichen der Stadt, alle Mitteln einzusetzen, um die Verursacher dieser politischen Provokation dingfest zu machen. Wir versichern allen Menschen jüdischen Glaubens und der jüdischen Gemeinde in unserer Stadt unsere volle Solidarität. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Dr. Ulrich Schneider, für die Kreisvereinigung Kassel der VVN - BdA

Frankreich:

Die radikalsten Strömungen der extremen Rechten unterstützen die Antisemiten-Liste von Dieudonné/Alain Soral

Der alternde FN-Chef knöpft sich, einmal mehr, den amtierenden Staatschef als persönlichen Hauptfeind vor. Jean-Marie Le Pen war bereits mit Jacques Chirac – den er im Wahlkampf 2001/02 zu seinem Intimfeind erkor – so verfahren. Und nun scheint er es mit Nicolas Sarkozy (dessen Aufstieg er noch 2005 gegen Chirac verbal unterstützt hatte) ähnlich zu halten.

Am vergangenen Donnerstag, den 28. Mai sprach der demnächst 81-jährige Chef des Front National vor über 1.000 Menschen in einem Saal im Raum Lyon. Dabei arbeitete er sich insbesondere an Präsident Sarkozy ab, dem gegenüber er tatsächlich ein ernsthaftes Problem hat: Bei den Wahlen vor nunmehr gut zwei Jahren konnte der konservative Kandidat zum ersten Mal den Stimmenanteil des rechtsextremen FN senken, und rund eine Million seiner früheren Wähler zu sich herüberziehen. Das daraus erwachsende strategische Problem hat die rechtsextreme Partei bislang nicht überwinden können: Wie soll man es mit der konservativen Rechten halten? Ihr Wahlprogramm von 2006/07 – das Le Pen, Vater und Tochter, bislang als Abkupferung des eigenen Programms bezeichneten – gegen dessen „zu schwache Umsetzung in die Wirklichkeit" durch Sarkozy einklagen? Oder aber sich als „Fundamentalopposition" gegen alle „antinationalen Systemparteien", inklusive der Konservativen, und zugleich als vermeintlichen Träger des sozialen Protests aufspielen? In beiden Fällen kann der FN nicht dasselbe Publikum ansprechen: Der erstgenannte Diskurs zielt auf das eventuell von Sarkozy enttäuschte, konservativ-mittelständische Publikum, das wiederum mit dem letztgenannten Profil (und dem Appell an die sozialen „Verlierer") nichts anfangen kann. Im Augenblick hängt der FN bei dem großen Spagat zwischen beiden Varianten ziemlich in der Luft.

Eine der Pointen Jean-Marie Le Pens in seiner Lyoner Rede lautete: „Sarkozy glaubt, den FN getötet zu haben. Nein, er hat ihn bestohlen." Das war ganz in dem Sinne gemeint, dass er ‚uns unser Wahlprogramm geklaut hatte, um es nun nicht anzuwenden'. Der alte Chef fügte hinzu: „Jene, die sich von Le Pen (Anm.: er spricht von sich in der dritten Person) abgewandt hatten, um Sarkozy zu unterstützen, sind mit Füßen getreten worden. Sie sind in aller Öffentlichkeit ‚Cocus' (Anm.: so nennt man von ihren Ehefrauen ‚betrogene' Männer)…" In eher ‚fundamentaloppositioneller' Diktion fügte Jean-Marie Le Pen hinzu: „Öffnet die Augen, Franzosen, und guckt an, was Euch auf den Gebieten der Einwanderung, der Arbeitslosigkeit und der Unsicherheit erwartet. (…) Die Parole der (Regierungspartei) UMP – ‚Für ein Europa, das beschützt' – wendet sich an die Naivlinge. Mit dem vaterlandslosen Kapitalismus (capitalisme apatride) und dem zerstörerischen Freihandelsextremismus fabriziert Europa die wirtschaftliche Unsicherheit (l'insécurité économique)."

Der Appell an das wirtschaftliche Bedrohungsgefühl dürfte für den FN dabei im Augenblick aussichtsreicher sein, als jener an reaktionäre Stimmungslagen bei den Themen „Unsicherheit" und „Einwanderung". Denn die beiden letztgenannten Themen werden derzeit durch die konservative Regierungspartei UMP erfolgreich besetzt, die einen – aussichtsreichen, sofern man den Umfragen Glauben schenkt – Wahlkampf mit den Schwerpunktthemen „Innere Sicherheit" und „Jugendbanden", Einwanderung sowie Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts führt. Damit liegt die UMP derzeit mindestens sieben Prozentpunkte vor der französischen Sozialdemokratie als stärkster Oppositionspartei. Es lässt zugleich dem rechtsextremen FN relativ wenig Raum, um sich noch rechts von der UMP profilieren zu können.

Der Wahlkampf Jean-Marie Le Pens, der im Wahlkreis Südostfrankreich zur EP-Wahl antritt, ist in diesem Jahr relativ arm an Höhepunkten. Als Wahlziel hat er selbst „acht bis zehn Prozent" der Stimmen angegeben – was nicht allzu hoch erscheint, gemessen an früheren Stimmergebnissen der Partei. Am Pfingstwochenende korrigierte die Tochter, Marine Le Pen, die Erwartungen allerdings auf „ein zweistelliges Ergebnis" nach oben.

Nicht nur die „Dissidenten"listen der früheren FN-Parteifunktionäre Carl Lang (in den Wahlkreisen Nordwestfrankreich und Zentralmassiv) sowie Jean-Claude Martinez (im Raum Montpellier) machen Jean-Marie Le Pen derzeit zu schaffen. Die beiden Listen unterscheiden sich punktuell vom FN, so legt Carl Lang stärker Wert auf die Forderung eines „europäischen Protektionismus", während die Rumpfpartei eher anti-europäische Töne klopft und überwiegend den Nationalstaat (neben und vor der EU) als angeblichen Schutzwall gegen die internationale Wirtschaftskrise darstellt. Jean-Claude Martinez versucht, den FN bei den reaktionärsten Katholiken zu übertrumpfen, und spuckt „Lebensschützer"töne. Beiden Listen werden aber derzeit nur rund 0,5 Prozent der Stimmen zugetraut.

Sammelbecken für Antisemiten

Nicht unbedingt bei der breiten Masse der Wählerschaft, aber innerhalb des rechtsextremen Aktivistenspektrums hat Jean-Marie Le Pen einen weiteren, gewichtigen Konkurrenten in Gestalt der so genannten Antizionistischen Liste – in Wirklichkeit ein reines Sammelbecken für Antisemiten –, die nur im Wahlkreis Ile-de-France (Großraum Paris) antritt. Diese wird von dem „schwarzen Mischling" Dieudonné M'bala M'bala sowie dem früheren Anführer des „rot-braunen" Flügels des FN, Alain Soral, angeführt und ist überwiegend nationalrevolutionär und von rechtem Pseudo-Antiimperialismus geprägt und präsentiert sich als angeblich palästinenserfreundlich.

Auch die organisierte extreme Rechte ist, neben moslemischen Fundamentalisten (der schiitische Sektenführer Yahia Gouasmi kandidiert auf dem fünften Listenplatz), durchgeknallten Verschwörungstheoretikern und anderen Politidioten, auf der antisemitischen Liste vertreten. Dort findet man unter anderem Mickael Guérin, den Regionalchef der FN-eigenen Jugendorganisation FNJ im Raum Lyon, als Kandidat. Noch am 18. April 2009 war er in Annecy an der Seite von Jean-Marie Le Pen aufgetreten. Auch die offen neofaschistische und „nationalistisch-katholische" Gruppierung Renouveau français (RF) ist auf der Liste vertreten, in Gestalt der jungen Kandidatin Emmanuelle Grilli – die aufgrund ihrer Präsenz auf der „Antizionistischen Liste" jedoch vom RF ausgeschlossen wurde – und des Chefs der dem RF (aber auch Teilen des FN) nahe stehenden Gesellschaft der „Französisch-serbischen Brüderlichkeit" FFS, Charles Alban Schepens. Und gedruckt wird das Wahlkampfmaterial der Liste von dem Druckunternehmer Fernand de Rachinel – früher Front National (und einer von dessen sieben Abgeordneten im scheidenden Europaparlament), jetzt Unterstützer von Carl Lang.

Am Pfingstsonntag, den 31. Mai 09 zeigte die Dieudonné-Liste mit ihren Spitzenkandidaten und um die sechzig gewaltbereiten Anhängern – faschistischen Schlägern, Fußball-Hooligans sowie den Aktivisten der schiitischen Sekte von Yahia Gouasmi (des Centre Zahra) – Präsenz auf einem Straßenmarkt im 20. Pariser Bezirk, der auch zu den Hochburgen antifaschistischer und linker Grup-

pen zählt. Der aus 60 Mann bestehende Mob ging dabei auf rund 20 AntifaschistInnen los, und es kam zu einer Schlägerei, bei der das Antisemitenpack sich anscheinend auch für seinen Hinauswurf aus der Demo gegen den Gazakrieg am 24. Januar 2009 durch radikale Antifas „rächen“ wollte. (Vgl. http://bellaciao. org/fr/spip.php?article 86725 und das Kommuniqué der anarchokommunistischen Gruppe Alternative Libertaire, AL: http://www.alterna-tivelibertaire.org/spip.php?article 2898)

Am selben Tag wurde bekannt, dass der durchgeknallte „antiimperialistische“ Terrorist und ehemalige Söldner arabischer Diktaturen, Ramirez Ilich Sanchez alias „Carlos“ – der in Frankreich seine lebenslange Haft absitzt – aus dem Knast heraus die Liste Dieudonné unterstützt. Dies hatte er auf einer Postkarte an die berüchtigte Auschwitzleugnerin Ginette Skandrani, die vor Jahren aus der grünen Partei ausgeschlossen worden ist, mitgeteilt. Am Pfingstmontag wurde dann auf einer Veranstaltung der Liste vor 250 Anhängern ein Video ausgestrahlt, in dem „Carlos“ die Anhänger aufforderte, sich „nicht von Zigeunern und Juden als ‚Antisemiten’ abstempeln zu lassen“. Die von ihm angegriffenen Leute bezeichnete Carlos als „anti-France“ und fügte hinzu: „Verzeiht mir, wenn ich ein Wort aus der Vichy-Ära benutze, aber ich nenne sie Antifrankreich.“

Der verrückte „Palästinenserfreund“ Carlos hatte sich schon im Herbst 1997, als er in Frankreich vor Gericht stand, positiv auf die „nationale Rechte“ bezogen: Letztere beuge sich nicht jüdischen, pardon, „zionistischen“ Interessen. Ferner habe „die nationale Rechte“, gemeint war offenkundig der FN,1986 im Parlament gegen das Antiterrorismusgesetz gestimmt und sich dadurch ehrenhaft erwiesen. (Dies stimmt übrigens - aber nur deswegen, weil dieses Gesetz nicht die Todesstrafe enthielt, welche die damalige FN-Fraktion angesichts der Attentate von 1986 lautstark forderte.)

Die Antifa-Recherchegruppe Reflexes vermutet unterdessen, die Tatsache, dass das mit den Anliegen nationalkonservativer Mittelständler kaum vereinbare Profil der antisemitischen, behaupteten „Anti-System-Liste“ Dieudonnés dem FN eine neue Positionierung erlaube: Sie wasche ihn von den Vorwürfen des Antisemitismus und des Extremismus tendenziell rein, da der FN im Vergleich zu ihr noch moderat wirke. Und bereite so eventuellen künftigen Bündnissen zwischen Konservativen und FN den Weg.

Abwarten…

BhS, Paris ■

Bundestagsabgeordnete für den „Zug der Erinnerung“

Berlin. Mit einer Resolution will die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Bundestag zu konkreten Schritten für den „Zug der Erinnerung“ bewegen. Die Abgeordneten Winfried Hermann, Katrin Göring-Eckardt und ihre Kollegen schlagen vor, das Parlament möge bei der Bundesregierung darauf hinwirken, „dass die DB AG dem Verein ‚Zug der Erinnerung‘ einen Betrag spendet, der der Höhe der anfallenden Trassen- und Stationspreise für die Jahre 2007 bis 2009 entspricht.“ Bisher hat der „Zug der Erinnerung“ an die DB AG über 150.000 Euro zahlen müssen. Weiter heißt es in dem Antrag: „Alternativ soll dem Projektträger durch den Bund eine Zuwendung in Höhe der von der Deutschen Bahn (DB AG) erhobenen Gebühren gewährt werden.“

Der Antragstext ähnelt dem Beschluss C 59, den der Bundesparteitag der CDU im Dezember 2008 in Stuttgart fasste. Auch dort war verlangt worden, „dass die Deutsche Bahn AG auf Streckenentgelte für die Nutzung des Gleiskörpers sowie auf Stehgebühren in den Bahnhöfen verzichtet; alternativ soll dem Projektträger durch den Bund eine Zuwendung in Höhe der von der Deutschen Bahn erhobenen Gebühren gewährt werden.“ Von einer Umsetzung dieses CDU-Beschlusses ist seitdem nichts bekannt geworden.

In einem zweiten Antragspunkt fordert jetzt die Fraktion der Grünen, „dass der Zug mit der Ausstellung über die Deportation von Kindern in Vernichtungslager nicht mehr – wie in München – behindert wird und auf Bahnhöfen an repräsentativen Orten gezeigt und sichtbar beworben werden kann.“

Parallel streben die Grünen im Verkehrsausschuss des Bundestages eine parteiübergreifende Initiative an, die sich an den neuen Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Dr. Rüdiger Grube, richtet. Zu einem gemeinsamen Votum hatten die verkehrspolitischen Sprecher sämtlicher im Bundestag vertretenen Parteien bereits im April 2008 gefunden und an den damaligen Bahnchef Mehdorn sowie an den Aufsichtsratsvorsitzenden Müller appelliert – damals vergeblich... Auch SPD-Politiker wie Georg Rosenthal (Würzburgs Oberbürgermeister) oder Christine Strobl (Münchens Zweite Bürgermeisterin) ermuntern die DB AG jetzt verstärkt, ein neues Kapitel der Unternehmenskultur zu öffnen und mit einer konsequenten Aufarbeitung der deutschen Eisenbahngeschichte endlich zu beginnen. Es ist die Geschichte der Beihilfe zum größten Massenmord seit Menschheitsgedenken. Diesem Eingeständnis steht nicht nur der bisherige Boykott gegen den „Zug der Erinnerung“ im Weg. Wie das Beispiel des DB-Verkehrsmuseums Nürnberg zeigt, muss der vernebelnde Umgang mit der Bahn-Vergangenheit insgesamt auf den Prüfstand.

Schließung der NS-Abteilung im DB Museum gefordert

Die sofortige Schließung der NS-Abteilung im zentralen Verkehrsmuseum der Deutschen Bahn AG (Nürnberg) hat die bundesweite Initiative „Zug der Erinnerung“ gefordert. Die DB AG stelle in Nürnberg hakenkreuzgeschmückte NS-Devotionalien aus, die von dem Unternehmen als „Glanzlichter der Eisenbahngeschichte“ bezeichnet werden. Im DB-Museum könne man „alles bestaunen: liebevoll restaurierte NS-Uniformen der ‚Reichsbahn‘, farbige NS-Plakate der ‚Reichsbahn‘ oder luxuriöse NS-‚Reichsbahn‘-Waggons – eine einfühlende Erinnerung an die Opfer der millionenfachen ‚Reichsbahn‘-Transporte in den Massenmord“ finde man jedoch nicht, heißt es in einer Stellungnahme, die am Donnerstag auf dem Nürnberger Hauptbahnhof verteilt wurde. Zuvor hatte der Nürnberger Oberbürgermeister den „Zug der Erinnerung“ in Gegenwart von Vertretern des Landesverbandes der Sinti und Roma auf Gleis 1 begrüßt.

Die Nürnberger DB-Ausstellung wird wegen ihrer NS-Abteilung seit Jahren kritisiert. Das Museum zeigt auf sechstausend Quadratmetern Exponate zur deutschen Eisenbahngeschichte und widmet exakt achtzehn Quadratmeter der „Reichsbahn“-Beihilfe zum Holocaust. In dem Ausstellungs-“Kabuff“ finde „keine Auseinandersetzung mit dem Massenmord“ statt, hieß es bereits 2006 im Deutschlandfunk („Mit der Bahn in den Tod“, 4.12.2006). Die Deutsche Bahn AG stelle sich „nur gezwungen und so ganz nebenbei“ den Tatsachen.

Die bundesweite Initiative weist darauf hin, dass in Nürnberg Feiern zum 175. Jubiläum des deutschen Eisenbahnwesens bevorstehen (2010). Bis dahin müsse „die skandalöse NS-Abteilung des Nürnberger DB Museums geschlossen werden, um sie grundsätzlich zu überarbeiten. Die Beleidigung der NS-Opfer muss ein Ende haben.“

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Foto: www.umbruch-bildarchiv.de

Solikundgebung zum Cap Anamur Prozess

BERLIN. Das deutsche Schiff Cap Anamur rettete im Juni 2004 37 Flüchtlinge aus Seenot. Dafür stehen Kapitän Stefan Schmidt und Elias Bierdel zurzeit in Italien vor Gericht. Ihnen droht 4 Jahre Haft und 400.000 Euro Geldstrafe. Im Juni 2009 könnte das Urteil fallen. Auf einer Kundgebung am 18. Mai vor der italienischen Botschaft in Berlin riefen antirassistische und Menschenrechtsgruppen zur Solidarität mit den Lebensrettern der Cap Anamur auf und forderten den sofortigen Freispruch für die Angeklagten im Cap-Anamur-Prozess.

Übergeben wurde BotschaftsvertreterInnen ein offener Brief des Komitees für Grundrechte und Demokratie in Köln und „kein mensch ist illegal“ Hamburg an das italienische Innen- und Justizministerium, den zahlreiche KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen unterzeichnet haben. Darin wird der sofortige Freispruch für die Angeklagten im Cap-Anamur-Prozess gefordert.

In dem Protestbrief heißt es. „Die Regierungen der Europäischen Union versuchen seit Jahren, mit Unterstützung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sowie mit immensem technischen und finanziellen Aufwand, Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Dabei nehmen sie ihren Tod auf dem Meer nicht nur in Kauf, sondern sind durch ihre mörderischen Abschottungsmaßnahmen für das Massensterben an den europäischen Außengrenzen verantwortlich. Die Kriminalisierung und Bestrafung derjenigen, die in Seenot geratenen Flüchtlingen helfen, stellen einen durchsichtigen Versuch der italienischen Justiz dar, andere Menschen von dieser humanitären Selbstverständlichkeit abzuschrecken. Deshalb ist das einzig Angemessene, Elias Bierdel und Stefan Schmidt sofort freizusprechen.“

Einen internationalen Protestappell an den italienischen Justizminister, der von Pro Asyl und der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche initiiert wurde, unterstützen inzwischen über 50 Organisationen und mehr als 1200 Erstunterzeichner aus 20 Staaten.

Quelle: indymedia ■

PRO ASYL startet E-Mail-Aktion zur Europawahl 2009: „Ihre Stimme für die Menschenrechte!“

In einer breit angelegten E-Mail-Aktion ruft PRO ASYL alle Wählerinnen und Wähler dazu auf, ihre Stimme bei der Europawahl für die Menschenrechte von Flüchtlingen einzusetzen.

An den Rändern der Europäischen Union sterben Tausende Flüchtlinge bei dem Versuch, Europa auf dem Land- oder Seeweg zu erreichen. Die EU und die meisten nationalen Regierungen setzen nach wie vor auf Abschottung und nehmen dafür schwere Menschenrechtsverletzungen und den Bruch des internationalen Flüchtlingsrechts in Kauf. Flüchtlingsboote werden von der europäischen Grenzagentur FRONTEX in Staaten abgedrängt, in denen sie keinen Schutz vor Verfolgung finden. Der Versuch Italiens, in Kooperation mit dem libyschen Staatschef Ghaddafi Fluchtwege nach Europa zu blockieren, verstößt gegen das internationale und das europäische Flüchtlingsrecht.

PRO ASYL fordert alle Wählerinnen und Wähler dazu auf, die Untätigkeit der politisch Verantwortlichen nicht länger hinzunehmen. Das Europäische Parlament muss sein Mitentscheidungsrecht dazu nutzen, den europäischen Grenzpolizeien verbindliche Vorgaben zur Achtung der Menschenrechte und des Flüchtlingsrechts zu machen. PRO ASYL erwartet von den Parteien, die sich am 7. Juni für das Europaparlament zur Wahl stellen, klare Antworten auf die menschenrechtliche Krise an den Rändern Europas. Dazu gehört auch mehr Solidarität der EU-Staaten im Zentrum Europas mit den Staaten an den Außengrenzen bei der Aufnahme von Asylsuchenden.

An der E-Mail-Aktion „Ihre Stimme für die Menschenrechte“ kann sich jeder beteiligen. Über die Homepage von PRO ASYL, www.proasyl.de, können Unterstützer und Unterstützerinnen die deutschen SpitzenkandidatInnen per E-Mail auf die Missachtung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen aufmerksam machen. Der Text löst sich nach dem Öffnen der E-Mail auf, bestehen bleibt die Forderung, sich für die Menschenrechte von Flüchtlingen zu verpflichten.

Presseerklärung 26.5.2009 proasyl ■

Knapp 8.100 Asylanträge im Flughafenverfahren von 1999 bis 2008

BERLIN. In den Jahren 1999 bis einschließlich 2008 haben fast 8.100 Personen noch vor der Einreise über einen internationalen Flughafen in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (16/12742) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/12559) zur „Anwendung des sogenannten Flughafenverfahrens“ hervor.

Danach erfolgt das Asylverfahren noch im Transitbereich, wenn Asylsuchende keine oder gefälschte Papiere haben oder aus einem „sicheren Herkunftsstaat“ kommen, wie die Fraktion in der Vorlage erläutert.

Der Antwort der Bundesregierung zufolge wurden von 1999 bis 2008 an den Flughäfen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München 8.095 Asylanträge gestellt. Davon wurden laut Regierung innerhalb von zwei Tagen 2.928 Anträge als „offensichtlich unbegründet“ zurückgewiesen, 41 Anträge anerkannt und 21 Verfahren eingestellt. In 5.051 Fällen wurde die Einreise gestattet, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beispielsweise nicht innerhalb dieser Frist über den Antrag entschieden hat.

flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Kleine Anfrage zu Lagerunterbringung

HANNOVER. In einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen zum Thema Flüchtlingsunterbringung dezentral bzw. in Lagern räumt die Landesregierung räumt darin ein, dass die Kosten pro Kopf und Jahr über dem Betrag liegt, der den Kommunen bei dezentraler Unterbringung erstattet wird (12.730 Euro in Lagern, 4.270 Euro bei dezentraler Unterbringung). Sie rechtfertigt dies mit zusätzlichen Leistungen, etwa im Bereich der Förderung der Freiwilligen Rückkehr. Im Übrigen dürfe staatliches Handeln nicht immer nur mit dem Blick auf die Kostenseite beurteilt werden.

weiter auf Seite 12

Eine Integration vom ersten Tag an hält das MI bei Flüchtlingen für kontraproduktiv, da Flüchtlinge keine „daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen“ darstellten. Dabei unterschlägt die Landesregierung, dass bei Flüchtlingen im Asylverfahren eine Entscheidung darüber, ob ein Aufenthaltsrecht ausgesprochen wird, noch gar nicht getroffen wurde. Ein erheblicher Anteil der Flüchtlinge, die das Land in Lagern isoliert, um ihnen die „Reintegration“ in das Herkunftsland schmackhaft zu machen, befindet sich im Asylverfahren und erhält später ein Aufenthaltsrecht.

Interessant ist schließlich die Zusammenschau der Ausgaben für die Rückkehrförderung und der Zahl der „freiwilligen Rückkehr“ insofern, als ein Zusammenhang zwischen Förderung und Bereitschaft zur Rückkehr daraus nicht abzulesen ist: Die Zahl der „freiwilligen Rückkehrer“ ist seit 2003 (974) bis 2008 (359) trotz der jährlichen Ausgaben in Höhe von rund 500.000 Euro pro Jahr für „Rückkehrförderung“ deutlich zurückgegangen.

gez. Kai Weber Nds. Flüchtlingsrat
Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Resolution der Rechtsberaterkonferenz vom 16. Mai 2009: Aufenthaltserlaubnisse für Roma aus dem Kosovo

BAD HONNEF. Die Rechtsberaterkonferenz nahm auf ihrer Frühjahrstagung vom 15./16. Mai in Bad Honnef Stellung gegen die erklärte Absicht des Bundesinnenministers und mehrerer Landesinnenminister, darunter Hessen und Niedersachsen, Flüchtlinge aus der Volksgruppe der Roma aus dem Kosovo jetzt zur Rückkehr dorthin zu verpflichten. In Hessen wurden Betroffenen bereits die Abschiebung angedroht.

Auch nach der Unabhängigkeit des Kosovo gibt es dort für Rückkehrer aus der Volksgruppe der Roma keine soziale Infrastruktur, die ein Überleben unter menschenwürdigen Bedingungen sicherstellen könnte, so die Konferenz. Ein Arbeitsmarkt, der ein Erwerbseinkommen ermöglichen würde, existiert nicht. Humanitäre Mindeststandards hinsichtlich Wohnen, Bildung und Gesundheitsversorgung sind für die jetzt noch im Kosovo lebende Roma-Bevölkerung durchweg nicht gesichert. Den seit 1995 nach Deutschland geflüchteten Roma wurden hier durchgängig Integrationsleistungen verwehrt. Als Geduldete erhielten sie weder Sprachförderung noch Ausbildungsförderung. Bis zum Ende des Jahres 2008 wurde ihnen durch gesetzliche Vorgaben der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt faktisch untersagt. Die Rechtsberaterkonferenz sieht es als ein zwingendes Gebot der Humanität an, den aus dem Kosovo in der Vergangenheit in die Bundesrepublik geflüchteten Roma einen sicheren Aufenthalt zu geben. Diese Forderung folgt nicht zuletzt aus der besonderen geschichtlichen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Volksgruppe der Roma. Bundesregierung und Landesregierungen werden aufgefordert, den Betroffenen statt Deportationsdrohungen Aufenthaltserlaubnisse zu gewähren.

i.A. der Rechtsberaterkonferenz: RA Axel Selbert, Quelle: Die Rechtsberaterkonferenz- flucht@nds-fluerat.org ■

Die deutsche Rechtsberaterkonferenz ist ein Zusammenschluss von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden Caritasverband (DCV), Diakonisches Werk (DW) und Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht haben, Rechtsberatung für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge durchzuführen.

Zur Situation der derzeit im Bethanien untergekommenen Roma-Familien

BERLIN. In Berlin wird dieser Tage „60 Jahre Grundgesetz“ gefeiert – für Roma in Berlin gilt „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ anscheinend aber noch immer nicht.

Seit Dienstag, dem 19. Mai 2009, leben über 50 Roma im politischen Projektzusammenhang NewYorck im Bethanien in Kreuzberg. Am frühen Dienstagmorgen gab es einen größeren Polizeieinsatz gegen die Familien, die seit einiger Zeit im Görlitzer Park campierten. Dies geschah unter dem Vorwand, gegen die „Verwahrlosung“ der Kinder einschreiten zu müssen. Anstatt jedoch Hilfsangebote zu machen, ging die Polizei rabiat vor und drohte, den Familien ihre Kinder wegzunehmen. Aufmerksame PassantInnen griffen ein und alarmierten weitere Menschen, Organisationen und umliegende Kirchengemeinden und organisierten ÜbersetzerInnen.

Es kam zu mehrstündigen Verhandlungen mit der Polizei und einem Vertreter des Jugendamtes. Die ersten Stunden fanden diese an der Straße statt, während die Leute von der Polizei umstellt waren und keine Gelegenheit hatten, Essen für ihre Kinder zu holen, Toiletten aufzusuchen oder ähnliches. Erst auf Drängen der UnterstützerInnen war es schließlich möglich, auf das Gelände des Cabuwazi Kinderzirkus auszuweichen.

Aus Angst vor weiteren Repressionen wurden die städtischen Angebote für eine Unterbringung von den Familien zunächst abgelehnt. Um die Situation zu entschärfen bot die NewYorck im Bethanien an, die Familien für zwei bis drei Tage unterzubringen und so Zeit für die Suche nach einer guten Lösung zu schaffen. Der Vertreter des Jugendamtes kündigte an, die Unterbringung am nächsten Tag auf ihre Eignung für Kinder zu prüfen. Ein Runder Tisch für die Lösung der Probleme wurde abgesprochen.

Am Mittwoch bestätigten Vertreter des Sozial- und Jugendamtes die Eignung der Räume, erklärten sich jedoch für konkrete Hilfen bei der Versorgung der Familien für nicht zuständig.

Obwohl sich schnell Personen und Organisationen zu einem übergreifenden Unterstützerinnenplenum zusammenschlossen und die NewYorck bei der Versorgung der Familien unterstützen, war die New Yorck mit der Unterbringung über einige Tage hinaus überfordert. Für die Familien waren die beengten Verhältnisse sehr stressig und nicht über längere Zeit zumutbar.

Bis Freitagmorgen entwickelten sich keine neuen Lösungsansätze von Seiten der Stadt und die Familien und die Unterstützerinnen besuchten die Sozialsenatorin Knake Werner, um mit ihr über eine Lösung vor dem Wochenende zu reden.

Das Angebot der Senatorin, die Menschen im „Ausreiselager“ in der Motardtstraße unterzubringen, lehnten die Roma aufgrund der menschenunwürdigen Umstände dort ab. Eine Lagerunterbringung ist nicht geeignet, Menschen in der europäischen Gesellschaft ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Auch angesichts der deutschen Geschichte mit ihrer Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma in Deutschland und Europa sollte sich eine Lagerunterbringung selbstverständlich verbieten. Im Laufe dieses Gespräches entwickelte sich erstmals eine temporäre Lösung in anderen Räumlichkeiten des Bethanien bis zum Montag. Seit Sonnabend jedoch rudern die Bezirks- und Senatsvertreterinnen von einer politischen Lösung zurück und konstruieren ein privates Problem der Unterstützerinnen. Das würde jedoch die Familien und ihre Kinder in die Situation, wie sie vor dem Polizeieinsatz bestand, zurückwerfen.

Wir hoffen, dass alle politischen Kräfte die Situation der Kinder und ihrer Eltern ernst nehmen und am Montag am Runden Tisch zu einer einvernehmlichen Lösung finden.

Wir fordern die politische Öffentlichkeit auf, nicht nur im Europawahlkampf markige Sprüche zu plakatieren, in denen ein gemeinsames Europa beschworen wird, sondern auch in diesem ganz konkreten Konflikt für die Roma-Familien angemessene Lebensbedingungen hier bei uns in Berlin zu schaffen. Dazu gehören zumindestens eine feste Wohnmöglichkeit, eine Meldeadresse, soziale und medizinische Versorgung und der Schul- und Kindergartenbesuch der Kinder sowie eine finanzielle Unterstützung im Rahmen der Hilfe für besondere Lebenslagen.

Abschließend möchten wir sie noch darauf hinweisen, dass uns in den letzten Tagen seitens einiger PressevertreterInnen eine reißerische rassistische und diskriminierende Berichterstattung aufgefallen ist, die an NS-Propaganda und die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen erinnert. Ange-

sichts der sich häufenden Angriffe auf Roma in vielen europäischen Ländern halten wir diese Form der Berichterstattung für äußerst gefährlich. Wir fordern deshalb die PressevertreterInnen auf, frei von rassistischen Stereotypen und Diskriminierungen über diese Situation zu berichten.

Quelle: Pressemitteilung vom 24.05.2009: caravane-info mailing list ■

Gesetzliche Altfallregelung entfristen!

HANNOVER. Anlässlich seiner ordentlichen Mitgliederversammlung am 09. Mai 2009 in Hannover fordert der Flüchtlingsrat Niedersachsen eine gesetzliche Initiative zur Bleiberechtssicherung für langjährig geduldete Flüchtlinge.Das Jahr 2009 ist das Entscheidungsjahr für viele Flüchtlinge, die jahrelang in Deutschland nur „geduldet" wurden und über die gesetzliche Altfallregelung nun eine sog. Aufenthaltserlaubnis „auf Probe" erhalten haben: Wer zu Jahresende 2009 nicht nachweisen kann, dass er (oder sie) den Lebensunterhalt (und ggf. den der Familie) „überwiegend eigenständig gesichert" hat, fällt dann zurück in die Duldung bzw. in die Ausreisepflichtigkeit.

Mag der Gesetzgeber angesichts steigender Beschäftigungszahlen in den vergangenen zwei Jahren optimistisch von einer raschen Arbeitsmarkt-integration ausgegangen sein, so ist angesichts der fatalen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt dieses Ziel in weite Ferne gerückt. Dies gilt um so mehr, als viele bisher per Gesetz und Verordnungslage vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren.

80% der Flüchtlinge, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten haben, sind bislang nicht in der Lage, den Lebensunterhalt auseigener Erwerbstätigkeit zu decken. Selbst wenn sie Arbeit gefunden haben, müssen Familien mit mehreren minderjährigen Kindern als sog. Aufstocker ihr Einkommen oft durch öffentliche Leistungen ergänzen. Alte, kranke oder behinderte Menschen sind faktisch ausgeschlossen: Eine Sozialklausel ist in der Bleiberechtsregelung nicht vorgesehen.

Der Gesetzgeber muss jetzt handeln, um zu verhindern, dass die beschlossene gesetzliche Bleiberechtsregelung ins Leere läuft.

Die Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats Niedersachsen fordert daher eine umgehende Entfristung der geltenden Gesetzlichen Altfallregelung noch vor der Bundestagswahl, und die Ergänzung der Bleiberechtsregelung durch eine Sozialklausel, die eine Erteilung des Bleiberechts auch für langjährig geduldete Alte, Kranke oder Behinderte ermöglicht. *Quelle: Pressemitteilung Nds. Flüchtlingsrat 9.5.2009* ■

Integrationsräte protestieren: Landesregierung setzt uns vor die Tür!

KÖLN/NRW. Entgegen dem Rat von Experten und den positiven Erfahrungen der letzten fünf Jahre in fast 60 nordrhein-westfälischen Kommunen, will die Landesregierung das Mitspracherecht von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene erheblich einschränken. Im Gesetzentwurf „zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden" plant die schwarz-gelbe Koalition einen herben integrationspolitischen Rückschritt:

1. Die in über 20 Jahren hart erkämpften Kompetenzen der Migrantenvertreterinnen und -vertreter in den Integrationsräten sollen gestrichen werden.

2. Die dringend notwendige Einbeziehung von Spätaussiedlern und Eingebürgerten in die Integrationsräte soll verhindert werden.

3. Die Besetzung der Integrationsräte soll zukünftig beliebig gestaltet werden können.

Am Dienstag, den 19. Mai fand in 40 Städten NRWs eine Protestaktion statt, auch vor dem Kölner Rathaus (siehe Bild). Bereits auf der letzten Ratssitzung hatte sich der Kölner Integrationsrat an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen gewandt und sie aufgefordert, sich gegen diese Pläne der Regierung Rüttgers und für den Erhalt der Integationsräte einzusetzen. In der Resolution heißt es:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma, sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Köln,

sehr geehrter Damen und Herren Landtagsabgeordnete für die Stadt Köln,

wir – der Integrationsrat Köln – danken Ihnen, dass Sie in den vergangenen Monaten mehrheitlich dafür votiert haben, dass der Landtag den geplanten Gesetzentwurf der Koalition „zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden" nicht verabschiedet, denn dieser Entwurfwill nicht Partizipation fördern, sondern einschränken. Die Landesregierung plant, das Mitspracherecht von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene deutlich zu beschneiden. Dies wäre ein deutlicher Rückschritt!

In fast 60 Pilotkommunen landesweit konnten seit 2004 – dank der Experimentierklausel des § 27 der Gemeindeordnung – die lediglich mit Beratungskompetenzen ausgestatteten Ausländerbeiräte durch die mit begrenzten Entscheidungskompetenzen aufgewerteten Integrationsräte ersetzt werden. Es hat sich gezeigt, dass dies der richtige Weg ist.

Fast überall wurden im Rahmen dieser Experimentierphase zwei Drittel der Sitze des Integrationsrates direkt durch Migrantinnen und Migranten, die in der Kommune leben, gewählt. Ein Drittel der Vertreter wurde durch den Stadtrat gestellt. Auf einmal konnten Migrantinnen und Migranten am politischen Leben der Kommunen aktiv mitwirken. Es gelang, den Integrationsprozess in vielen Kommunen deutlich voranzubringen: Integrationskonzepte wurden angestoßen, die Verwaltung für die Belange der Migrantinnen und Migranten sensibilisiert, lokale Projekte zur besseren Integration der Migranten initiiert etc.

Auch der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund sowie das nordrhein-westfälische Innenministerium, das Integraionsministerium und die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW haben in einem gemeinsamen Eckpunktepapier letztes Jahr eine positive Bilanz gezogen. Dabei haben sie sich für das Modell des Integrationsrats und den Erhalt der Zwei-Drittel-Ein-Drittel-Regelung ausgesprochen.

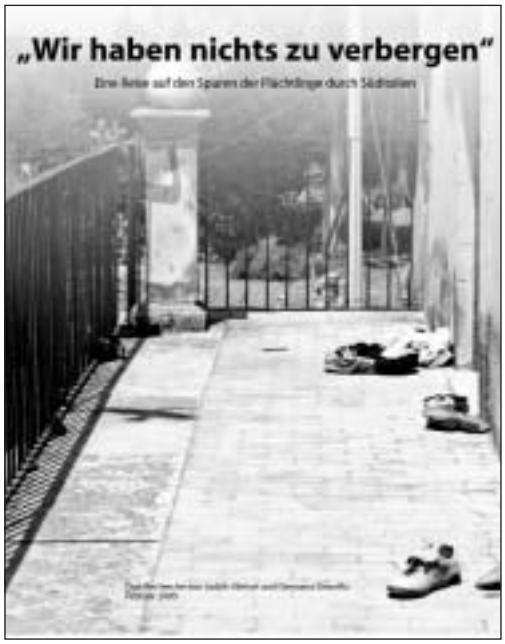
Doch der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung ignoriert die Empfehlung der Experten. Der Entwurf will Migrantinnen und Migranten nun wieder zu Statisten machen: Zukünftig sollen die Stadträte allein darüber entscheiden, ob ein Integrationsrat oder ein Integrationsausschuss eingerichtet wird und dann über die Zusammensetzung bestimmen. Außerdem soll der Integrationsrat nur noch beraten und nicht entscheiden können. So ist abzusehen, dass in Integrationsfragen zukünftig wieder über die Köpfe der Migranten entschieden wird. Gleichzeitig werden kommunale Stadträte in ihrer Entscheidung beschränkt, Kompetenzen auf den Integrationsrat zu übertragen.

Für eine erfolgreiche Integration ist die politische Partizipation jedoch entscheidend. Bitte lassen Sie diesen Rückschritt der politischen Teilhabe nicht zu!"

Der Rat nahm diese Empfehlung des Integrationsrates mit großer Mehrheit an.

Mehr zu den Protesten unter: www.laga-nrw.de ■

„Wir haben nichts zu verbergen" – Eine Reise auf den Spuren der Flüchtlinge durch Süditalien



Neu: Recherche von Judith Gleitze und Germana Graceffo

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern. Die EU-Kommission setzt ebenso wie die meisten nationalen Regierungen ungeachtet tausender Opfer weiterhin vor allem auf die nach militärischen Prinzipien organisierte Abschottung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen: Unter Führung der EU-Agentur „Frontex" ist eine ganze Armee aus Militär, Polizei und Grenzschutz mit modernstem Kriegsgerät damit beschäftigt, Menschen am Grenzübertritt zu hindern. Besonders dramatisch ist die Lage im Süden der EU, wo Mittelmeer und Atlantik die Grenze zwischen den Kontinenten Europa und Afrika bilden. Tausende Flüchtlinge und MigrantInnen versuchen in kleinen, seeuntüchtigen Booten die gefährliche Überfahrt — wie viele von ihnen auf dem Meer ertrinken, verdursten oder Opfer von Gewalttaten werden, kann nur geschätzt werden. An den östlichen Grenzen der EU hat die betriebene Abschottung nicht die dramatischen Konsequenzen wie im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln. Aber auch hier finden vielfältige Menschenrechtsverletzungen statt, sei es durch lang andauernde Inhaftierungen von Flüchtlingen, durch den Ausbau menschenunwürdiger Flüchtlingslager und durch die Rückschiebungen von Flüchtlingen. Menschen, die Flüchtlingen und MigrantInnen in ihrer Not helfen und Leben retten, werden in zunehmendem Maße kriminalisiert, in dem sie vor Gerichten wegen Fluchthilfe für ihr humanitäres Verhalten angeklagt werden.

Das wahre Ausmaß dieser Tragödie wird von offizieller Seite verschwiegen, die Bürgerinnen und Bürger Europas sollen nicht erfahren, was sich an den Außengrenzen der EU tatsächlich abspielt. Wir wollen dieses Schweigen brechen.

Ein Gemeinschaftsprojekt von borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V. und PRO ASYL, April 2009
Download: www.pro-asyl.de

Dokumentation zum Verfahren VVN-BdA vs. Gebirgstruppe

„Zum Schutz für Kriegsverbrecher und zur Verharmlosung ihrer Taten durch den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V." heißt eine Dokumentation zu den Verfahren des VVN-BdA-Sprechers Ulrich Sander vs. Gebirgstruppe, die jetzt erschienen ist.

Ulrich Sander hat am 20. Mai 09 einen schwierigen Erfolg in einem Nürnberger Prozess erzielt. Darüber gab die VVN-BdA NRW diese Meldung heraus:

Der Bundes- und Landessprecher NRW der VVN-BdA, der Journalist Ulrich Sander wurde in zwei vom Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. angestrengten Gerichtsverfahren in der Zeit vom Juli 2008 bis Mai 2009 verpflichtet, bestimmte Äußerungen zu unterlassen: „(NS)-Gebirgstruppe" als Bezeichnung für den Kameradenkreis, „größtes Kriegsverbrechertreffen" als Bewertung des Gebirgsjäger-Jahrestreffens bei Mittenwald und die Formulierung „zum Teil noch heute" seien Kriegsverbrecher Kameradenkreismitglieder. Jedoch: Erstmals räumte der Kameradenkreis ein, Kriegsverbrecher in seinen Reihen gehabt zu haben. In ersten Verfahren wurden Sander die Prozesskosten auferlegt, im anderen die Hälfte der Kosten. Ein Widerruf war mit diesen Unterlassungen nicht verbunden. Eine Anfechtung der Kostenentscheidung war nicht zugelassen.

Wichtig ist: Sander hat ohne Widerspruch der Gegenseite klargestellt, dass er folgende Feststellungen weiterhin treffen wird:

- „dass der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. aus den Reihen der Gebirgsdivisionen aus der Zeit bis 1945 heraus im Jahre 1952 gegründet wurde";
- „richtig bleibt weiterhin, dass regelmäßig am Treffen in Mittenwald Kriegsverbrecher teilnehmen. Kriegsverbrecher sind für mich Personen, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren, unabhängig davon, ob sie für diese Taten je verurteilt wurden oder nicht".
- „Es wird darauf hingewiesen, dass der Kameradenkreis nicht nur die Kriegsver-

brechen der NS-Gebirgstruppe verharmlost und die Täter schützt, er ist nun auch dazu übergegangen, die Nichtverfolgung der Untaten als erforderlich für die heutige Kriegsführung der Bundeswehr und der NATO-Alliierten zu bewerten“.

● „Zudem klärten wir über das Wirken des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V. auf, der aus dem Kreis der NS-Wehrmachtsangehörigen heraus gegründet wurde und zahlreiche Kriegsverbrecher in seinen Reihen hatte.“

Mit den Verfahren haben die VVN-BdA und ihr Bundessprecher Ulrich Sander wichtige Erfolge errungen, die für die antifaschistische Aufklärungsarbeit und für die Presse- und Meinungsfreiheit von immensem Wert sind.

Denn es sollte nicht mehr und nicht weniger vom Kameradenkreis und der hinter ihr stehenden Bundeswehr erreicht werden als der Widerruf der mit der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg 1941 - 1945“ erreichten allgemein gültigen Bewertung von Faschismus und Krieg.

Leider ist es nicht mehr eine Selbstverständlichkeit, seine Meinung über rechte und militaristische Tendenzen ungestört sagen zu dürfen. Gerichte sind dazu übergegangen, unter Missachtung der verfassungsmäßigen Grundrechte einzelne Textpassagen aus Kommentaren und Meinungsäußerungen herauszupicken, sie zu Tatsachenbehauptungen umzudeklarieren und eine „Beweisführung“ zu verlangen. So verlangten die Richter im Verfahren am 20. Mai in Nürnberg eidesstattliche Erklärungen, die belegen, dass bestimmte Kriegsverbrecher noch immer Mitglied im Kameradenkreis sind. Fotokopien von Auszügen aus der Zeitschrift „Gebirgstruppe“, die den gleichen Beweis erbringen könnten, wurden vom Gericht nicht angenommen. Ausführungen zur Erläuterung seiner Faktendarstellung wurden Sander nicht genehmigt. Deshalb veröffentlichte er seine vollständige Rede, die er im Gerichtssaal 272 nicht halten durfte. (Rede kann bei vvn-bdanrw@freenet.de angefordert werden.)

Das Resultat der Verfahren für die VVN-BdA und den Journalisten Ulrich Sander ist nicht gering zu schätzen. Allerdings sind nun beachtliche Kosten entstanden, so dass sich die VVN-BdA NRW erlaubt, auf ihr Solidaritätskonto zu verweisen und zu bitten, davon Gebrauch zu machen: Konto VVN-BdA NRW mit Stichwort „Nürnberger Prozess“ Nr. 282 12 - 435 bei Postbank Essen (BLZ 360 100 43). Über die Verwendung des Geldes wird öffentlich abgerechnet.

Die Dokumentation zu den Verfahren kann bei der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal gegen Einsendung von 5,- Euro in Briefmarken bestellt werden. Sie ist auch auf der Internetseite der VVN -BdA NRW nachzulesen ist: www.vvn-bda.nrw.de

Informationen Nr. 69

2009 ist ein Jahr der Jubiläen. Bisher medial weniger beachtet als zum Beispiel 60 Jahre Bundesrepublik und 60 Jahre NATO ist ein Ereignis, das sich zum 70. Mal jährt: Der Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939.

Die Nr. 69 der *informationen* richtet den Blick auf kaum wahrgenommene Akteure des Zweiten Weltkrieges. Martin Holler verweist auf Roma, die auf der Seite der Roten Armee gekämpft haben. Die Feldstrafgefangenen-Abteilungen als Orte des Leidens, aber auch des Widerstehens stehen im Fokus eines Beitrages von Hans-Peter Klausch. Fotografien von Michail Trachman begleiten die Artikel. Sie dokumentieren eindrucksvoll das Leben von Partisanen

hinter den Linien des Krieges und den Kampf der Roten Armee.

Dass der Krieg auch die Situation des Widerstandes beeinflusste, zeigen die Beiträge von Gerd R. Ueberschär und das Interview mit der ehemaligen Widerstandskämpferin Irmgard Heydorn, Aktivistin beim Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK).

(Aus dem Editorial)

Zu bestellen über: Studienkreis Deutscher Widerstand, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main, kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de, Einzelheft 5,50 Euro + Versandkosten, im Abo (zwei Hefte pro Jahr) 11 Euro.

Veranstaltungshinweise:

Am 20.6., ab 15.00Uhr, findet in der Jugendbibliothek-Gera ein Vortrag über die **„Todesmärsche in Thüringen – 1945“** statt.

Ort: Jugendbibliothek-Gera e.V., Werner-Petzold-Straße 17, 07549 / Gera, Weitere Infos: www.jugendbibliothek-gera.7to. de

Donnerstag, 4. Juni, 20 Uhr KTS Freiburg, Baslerstr. 103:

Die Kritik des Antifaschismus im historischen Kontext. Einladung zu einer Auseinandersetzung mit Christian Riechers (1936-1993)

Vortrag mit Felix Klopotek zu dem von ihm herausgegebenen Buch: Christian Riechers, Die Niederlage in der Niederlage. Texte zu Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus, Reihe: Dissidenten der Arbeiterbewegung Band 1, Unrast-Verlag, näheres unter: www.unrast-verlag.de/unrast,2,257,17.html

La Banda Vaga c/o Infoladen KTS
www.labandavaga.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Späte Unterstützung für pro Köln

Junge Freiheit Nr. 20/09 vom 8.5.2009

Das Blatt berichtet knapp vorher über den am 9. Mai durchgeführten Kongress gegen „Islamisierung und Überfremdung“ von pro Köln. Chefredakteur Dieter Stein kommentiert: „Allein schon aus Sorge um die dramatische Einengung der Meinungsfreiheit muss man mit dem Anti-Islamisierungskongress sympathisieren … Dennoch bleibt ein ungutes Gefühl, wenn man die eigenartige Koalition und die Motive derer ausleuchtet, die unter dem Stichwort ‚Antiislamisierung‘ zusammenstehen: Zunächst einmal sitzen wir einer großen, der Politischen Korrektheit geschuldeten Heuchelei auf. Islamische Gemeinden und Moscheen wären in Deutschland und Europa kein Problem, bliebe es bei einer stabilen und kleinen Gruppe von Anhängern. Das eigentliche Problem ist doch keine fromm gelebte Religiosität. Im Gegenteil: Sie ist erfreulicher als liberale Permissivität. In Wahrheit ist die Überfremdung das Problem, die dynamische Ausbreitung der dahinterstehenden, dem europäischen Kulturkreis fremden Ethnien bei gleichzeitigem dramatischen Rückgang der autochthonen Bevölkerung.“ Es bleibt der im Blatt gepflegte Türkenhass, den Stein in der Forderung zuspitzt: „Stopp von Massenzuzug aus der Türkei“.

Falsche Werte?

Junge Freiheit Nr. 21 vom 15. Mai 2009

Das Kölner Deserteursdenkmal, das am 1. September eingeweiht werden soll, bewegt das Blatt zum Kommentar: „Die Zeit, in der solche Denkmäler noch öffentliche Proteste auslösten, ist vorbei. Die Generation der Soldaten, die dies provoziert, lebt nicht mehr. Denkmale sind vor allem eins: Aussagen über die Einstellung zu den Ereignissen, denen sie gewidmet sind. Das bezeugen die Denkmäler der wilhelminischen Zeit eindrucksvoll. Aus ihnen spricht vor allem Nationalstolz, vom Niederwalddenkmal bis zum Denkmal für Armin den Cherusker. Damals galten Kriegshelden als verehrungswürdig; heute sind es Deserteure. Deutlicher lässt sich die Umkehr der Werte, der Missbrauch Deutschland ins Unglück gestürzt hat, nicht illustrieren.“ Also doch lieber zurück zu den alten preußischen Tugenden – deren Gebrauch und nicht Missbrauch Kriegsverbrechen, Mord und Völkermord über die ganze Welt gebracht hat.

Den kläglichen pro Köln-Kongress am 9. Mai feiert das Blatt als „Sieg im zweiten Anlauf“, ohne die Peinlichkeit der maximal 200 Rechtsextremen zu würdigen, nachdem in der letzten Ausgabe noch eine große Kundgebung angekündigt worden war.

60 Jahre Grundgesetz und die EU

Junge Freiheit Nr. 22/09 vom 22. Mai 2009

Der Erlanger Professor Schachtschneider betrachtet das Grundgesetz und die politischen Verhältnisse und kommt zu dem Schluss: „Nach 60 Jahren Praxis des Grundgesetzes ist Deutschland entgegen dieser Verfassung keine Demokratie und kein Rechtsstaat mehr, zunehmend weniger ein Sozialstaat. Die Freiheit ist nicht verwirklicht, die Menschenrechte sind gekränkt. Bund und Länder bilden noch einen verfassungsgesetzlichen (unechten) Bundesstaat, aber die existenziellen Staatsfunktionen hat Deutschland der Europäischen Union übertragen. Die Verfassung, welche in Deutschland gelebt werden muss, bilden die Unionsverträge. Wenn das Grundgesetz wieder zur Wirkung kommen soll, muss Deutschland die Union verlassen, solange diese die rechtlose Verfassung hat.“

Der Ruf „Raus aus der EU“ ist in solcher Deutlichkeit neu – tatsächlich sind für Schachtschneider die internationalen Verknüpfungen der Wirtschaft mit eine der Ursachen für die von ihm postulierte Erosion des Grundgesetzes.

Der Tod Benno Ohnesorgs und die Stasi

Junge Freiheit Nr. 23/09 vom 29. 5.2009

Sieben Aufsätze widmet das Blatt der Enthüllung der Birthler-Behörde, dass der Polizist Kurras, der am 2. Juni 1967 straflos Benno Ohnesorg erschossen hat, Mitarbeiter des MfS und Mitglied der SED gewesen ist. Dabei geht es weniger um den Vorgang selbst, sondern das Blatt unternimmt den Versuch, die gesamte 68er Bewegung und ihre politischen Erfolge als Unglück für die Bundesrepublik zu werten. Blattautor Thorsten Hinz hofft auf ein „Gegen-68“: „Das Spezifische an der Studentenrebellion in der Bundesrepublik ist ihre Verbindung mit der Frankfurter Schule … Dieser Prozess hatte eine persönliche und eine politische Komponente. Er bewirkte den Bruch mit der Lebenswelt der Eltern, mit der Geschichte des eigenen Landes und mit den herkömmlichen Regeln politischen Denkens.“ Hinz‘ Gegen-68 ist die Bekämpfung des Antifaschismus. *uld* ■

„Hoch- und Landesverrat ist nicht vom politischen System abhängig“

Der neue DVU-Bundesvorsitzender Faust lehnt eine Pauschalverurteilung der deutschen Kriegsteilnehmer ab. Zum Vorstoß von Grünen und Linken, die Rehabilitation von Hoch- und Landesverrätern während der Zeit des Dritten Reiches endlich vollständig durchzusetzen, sagt der Matthias Faust auf der DVU-Webseite:

„Was hier von Linken und Grünen unternommen wird, das ist die pauschale Verurteilung einer ganzen Generation. Die Logik der linken Selbsthasser, in einem ‚verbrecherischen Vernichtungskrieg‘ könne kein Landesverrat verübt werden, ist absurd und menschenverachtend. Hoch- und Landesverrat ist nicht vom politischen System abhängig. Millionen von deutschen Soldaten haben nicht nur tapfer gekämpft, sondern sie haben sich auch an die Regeln eines Kriegs gehalten, den sie nicht zu verantworten hatten. Es gab mit Sicherheit bei der deutschen Militärgerichtsbarkeit Fehlurteile und Verletzungen von Menschenrechten. Wer sieht, wozu heute Menschen im tiefsten Frieden in Guantanamo fähig sind, kann sich vorstellen, was unter der Belastung des Krieges möglich war. Diese Fälle sind aber einzeln zu prüfen und zu beurteilen; keinesfalls pauschal.“

Quelle: DVU-Website ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507